



zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Fabian Thiel **3** Soziale Bodenpolitik durch Gemeinwohlförderung
- Dirk Löhr **11** Die neue Landnahme – Patente als virtueller Grundbesitz
- Elisabeth Meyer-Renschhausen **30** Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ernähren die Welt nachhaltig und „sicher“ durch Subsistenzwirtschaft
- Herman Daly **39** Steady-State-Ökonomie – Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts
- Jörg Gude **43** Zur Notwendigkeit einer Moratoriums- und Konkursordnung für den Staat
- Eva Henke **45** Krisenbewältigung durch Paradigmenwechsel
- 52** Bücher – Berichte – Veranstaltungen

B Ü C H E R

■ George Akerlof & Robert Shiller **Animal Spirits – Wie Wirtschaft wirklich funktioniert**

Frankfurt/M.: Campus Verlag, 2009. – 300 Seiten.

30 Jahre duldeten die neoklassische Orthodoxie keine anderen Götter neben sich, bis die Finanzmarktkrise vom Herbst 2008 ihren Glauben an die Selbstheilungskräfte von sich selbst überlassenen Märkten erschütterte. Im Handumdrehen wurden viele Ökonomen wieder zu Anhängern des keynesianischen deficit spendings.

George Akerlof, der 2001 der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt und diese Kurskorrektur schon vor einiger Zeit in der American Economic Association anmahnte, und sein Kollege Robert Shiller erheben mit diesem Buch den Anspruch eine Erklärung zu liefern, wie die moderne Wirtschaft funktioniert, wie sie in eine von den Ökonomen nicht erwartete „scheinbar grundlos wie ein Blitz aus heiterem Himmel“ gekommene schwere Krise geraten konnte (S. 237) und wie sie diese Krise überwinden könnte. Ihr zentrales Credo lautet: Entgegen der Kernthese der Neoklassik wird ökonomisches Verhalten nicht nur von „rationalen ökonomischen Motiven“ bestimmt, sondern auch von irrationalen und nichtökonomischen „Instinkten“, also den von Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ so genannten „animal spirits“. Als Vertreter der neueren „Behavioral Economics“ heben Akerlof & Shiller die Bedeutung dieser „animal spirits“ als Ursache für die „fundamentale Instabilität kapitalistischer Wirtschaftssysteme“ hervor. (S. 7 und 10)

Mit Recht kritisieren Akerlof & Shiller, dass Keynes' Einsichten in die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus während der Nachkriegsjahrzehnte in der sog. Neoklassischen Synthese aus (Neo-) Klassik und (Post- bzw. Neo-)Keynesianismus peu à peu wieder so weit ausgeblendet wurden, dass „kaum noch Raum für instinktives Handeln übrig blieb“. (S. 12) Interessant ist ihre Beobachtung, dass damit auch ein „kultureller Wandel“ einherging. Symptomatisch dafür sei, dass das Gesellschaftsspiel Bridge, bei dem die Spieler koope-

rieren müssen, an Beliebtheit verloren hat und dass stattdessen das Pokerspiel auf dem Vormarsch ist – vor allem im Internet –, bei dem die Spieler für sich allein gegen ihre Mitspieler um materiellen Geldgewinn spielen und dabei mit ihrem „Pokerface“ ihre Mitspieler möglichst geschickt täuschen. (S. 68-69) Ein ähnlicher Bewusstseinswandel spiegelte sich übrigens auch während der großen Weltwirtschaftskrise in der Umwandlung des sozialkritischen Spiels „The Landlord's Game“ zum typisch kapitalistischen „Monopoly“ wieder. Unter dem Einfluss des nordamerikanischen Bodenreformers Henry George wollte die Quäkerin Lizzie Magie mit diesem Spiel zunächst den Blick für die Problematik der Bodenspekulation schärfen – bis der zu Beginn der 1930er Jahre arbeitslos gewordene Elektriker Charles Darrow daraus das weltberühmt gewordene „Monopoly“ machte, bei dem es nur noch darum geht, eigenes Geld- und Immobilienvermögen auf Kosten der Mitspieler zu vermehren.

Angesichts der aktuellen „Exzesse“ und „Manien“ an den Börsen und angesichts der Gefahr einer „Wiederkehr der Großen Depression“ wie in den 1930er Jahren fordern Akerlof & Shiller, dem vom Neoliberalismus verteufelten Staat wieder eine „angemessene Rolle“ bei der Steuerung der Konjunktur zuzuweisen. Das keynesianische deficit spending wollen sie als „klare Leitlinie der Wirtschaftstheorie“ für die Wirtschaftspolitik rehabilitieren. Die antizyklische Fiskalpolitik früherer Jahrzehnte mit ihren kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen verklären sie geradezu zu einer „einzigen großartigen Erfolgsgeschichte“. Nach dem „gegenwärtigen weltweiten Desaster“, das die mit dem Thatcherismus und den Reaganomics begonnene angelsächsische Wirtschaftspolitik angerichtet habe, gelte es nunmehr zu dieser erfolgreichen Fiskalpolitik zurückzukehren und – anders als zur Zeit des „New Deal“ von US-Präsident Roosevelt – bei der Verschuldung des Staates nicht zu zaghaft zu sein. (S. 7-13, 17, 142)

Dem vom Menschenbild des eigennützigsten, rational handelnden homo oeconomicus ausgehenden Denken der Neoklassik sei – so beklagen Akerlof & Shiller – die Vorstellung fremd, dass „ökonomische Ereignisse im Kern größtenteils mentale Ursachen haben ... und dass Wirtschaftskrisen

in erster Linie von einem Wandel der Denkmuster verursacht werden. Die derzeitige Finanz- und Immobilienkrise bezeugt jedoch, dass solche mentalen Wandlungen eine Rolle spielen. Denn tatsächlich wurde die Krise durch nicht greifbare Veränderungen in den Köpfen der Menschen ausgelöst, durch die Flüchtigkeit des Vertrauens, durch Sehnsüchte, Neidgefühle, Verstimmungen und Illusionen – und insbesondere durch neue Geschichten über die Natur der Wirtschaft.“ (S. 17, 21-22)

In einer fünfteiligen Theorie charakterisieren Akerlof & Shiller deshalb, was sie unter diesen mentalen „animal spirits“ verstehen: erstens das Vertrauen und Vertrauensmultiplikatoren, zweitens den Wunsch nach einem fairen Interessenausgleich in der Wirtschaft, aber drittens auch die Neigung zu unsozialem Verhalten wie Neid, Habgier und Arglist bis hin zur Korruption. Viertens verweisen sie darauf, dass der Unterschied zwischen nominalem und realem Geldwert aufgrund der Geldillusion zu wenig bedacht wird, und fünftens betonen Akerlof & Shiller den Einfluss der Geschichten, die in der Gesellschaft über vergangene Auf- und Abschwünge der Wirtschaft verbreitet sind. (S. 91)

Sodann folgen ihre acht Antworten auf acht Fragen nach dem Einfluss der „animal spirits“ auf den Gang der Wirtschaft:

1. Weshalb geraten Volkswirtschaften in Depressionen?
2. Weshalb haben Zentralbanken Einfluss auf die Wirtschaft?
3. Warum finden manche Menschen keinen Job?
4. Weshalb gibt es langfristig gesehen mehr Inflation oder mehr Arbeitslosigkeit?
5. Weshalb sind unsere Sparentscheidungen willkürlich?
6. Warum schwanken die Preise in den Finanzmärkten und die privaten Investitionen so stark?
7. Weshalb unterliegen die Immobilienmärkte zyklischen Ausschlägen?
8. Weshalb ist Armut von benachteiligten Minderheiten ein besonders hartnäckiges Problem? (S.24-25)

Selbstbewusst nehmen Akerlof & Shiller in der Einleitung für sich in Anspruch, dass „unsere Theorie der animal spirits natürliche und befriedigende Antworten auf alle diese Fragen liefert“.

(S. 25) Ihr Buch sorgt derzeit für viel Furore. Obwohl es mancherlei Zutreffendes enthält wie die Kritik an der gängigen Theorie der natürlichen Arbeitslosenquote (S. 167) oder einen leider nur bei einer Andeutung bleibenden Hinweis auf die „Macht der Zinseszinsen“ (S. 171), ist es dennoch im Großen und Ganzen eine Enttäuschung – nicht so sehr wegen seiner Aussagen, sondern weil Akerlof & Shiller es unterlassen haben, weitere wichtige Gedanken von Keynes aufzugreifen.

Ihre Kernthese, dass wirtschaftliches Verhalten nicht nur von rationalen Kalkülen, sondern auch von irrationalen Motiven gesteuert wird, ist wahrlich keine aufregende Neuigkeit. Nebenbei bemerkt erweist sich auch der rationale Anteil des wirtschaftlichen Handelns, den Akerlof & Shiller dem ökonomischen Mainstream zugestehen, als ein von Rentabilitäts- statt von Wirtschaftlichkeitskriterien geleitetes Handeln, das de facto häufig höchst ineffizient, verschwenderisch oder zerstörerisch ist.

Davon abgesehen rezipieren Akerlof & Shiller ebenso wie Minsky in seinen Analysen des Herdentriebs auf den Finanzmärkten nur einen Teil der Hinweise, die Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ im Zusammenhang mit den „animal spirits“ auf die „Massenpsychologie“ des „Hangs zum Sparen“, des „Hangs zum Investieren“ und des „Hangs zum Horten“ gegeben hat. Sie beschränken ihre Aufmerksamkeit fast nur auf diejenigen Aussagen von Keynes, welche die Forderung nach einem stärkeren Einfluss des Staates auf die Investitionen stützen. Aber sie ignorieren den ‚anderen Keynes‘, für den die „Vorliebe des Geldes für Liquidität“ maßgeblich zur regelmäßigen Wiederkehr von Krisen beitrug. „Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität“, schrieb Keynes so deutlich, dass man es eigentlich nicht überlesen dürfte. (AT, S. 131 und 206) Nur an einer Stelle konzedieren auch Akerlof & Shiller ein beträchtliches Ausmaß der Vorliebe für eine liquide Geldhaltung. (S. 114) Anders als Keynes ziehen sie aber nicht die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ in Betracht, um den Liquiditätsvorteil des Geldes zu neutralisieren, auf diese Weise die Nachfrage ohne

schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme wirksam zu stimulieren und die berüchtigte „Liquiditätsfalle“ zu überwinden. Dabei sehen sie durchaus, dass die herkömmliche Geldpolitik angesichts des mittlerweile gegen Null sinkenden Leitzinses „die Grenzen ihrer Effektivität erreicht hat“ und dass nur noch „durch andere Formen der Geldpolitik Wirkung erzielt werden kann.“ (S.120-121)

Ohne jeden Ausblick auf „andere Formen der Geldpolitik“ haben Akerlof & Shiller lediglich eine expansive Fiskalpolitik vor Augen. Und am Ende ihres Buches bleibt ihnen im Gegensatz zu ihrem anfänglichen Anspruch nur das Eingeständnis, dass sie „keine detaillierten Lösungen“ anbieten können. Von der Notwendigkeit „gewisser Spielregeln“ sprechen sie, lassen aber offen, wie diese Spielregeln aussehen könnten. „Lösungen zu den oben gestellten Fragen erfordern also ein weit größeres Wissen, als wir es in diesem Buch zusammentragen konnten. Nichtsdestoweniger liefert unser Buch das Hintergrundwissen, das wir brauchen, um die geforderten Lösungen auszuarbeiten.“ (S. 250)

Mit ihrer letztlich unzureichenden Beachtung des Liquiditätsvorteils von Geld unterliegen auch Akerlof & Shiller der neoklassischen Lebenslüge von der angeblichen Neutralität des Geldes. Und sie sehen leider nicht, dass in Keynes' Brust zwei ganz unterschiedliche Seelen miteinander im Widerstreit lagen. Sie bieten lediglich einen Neuaufguss des historisch keineswegs überzeugenden und unter heutigen Bedingungen ohnehin nicht mehr finanzierbaren Staatsinterventionismus, der für Keynes allenfalls für eine Übergangszeit in Frage kam, aber keine Dauerlösung war. Und sie sehen nicht den ‚anderen Keynes‘ als Geldreformer. Da Akerlof & Shiller den problematischen Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber der menschlichen Arbeit und der realwirtschaftlichen Produktion von Gütern und Diensten nicht genügend beachten und auch die Vermachtung der Märkte nicht problematisieren, bleibt ihnen nur die Möglichkeit, die Ursachen der Konjunkturschwankungen und Krisen „in vielerlei Hinsicht in der menschlichen Natur“ zu verorten. (S. 113) Die Instabilität des Kapitalismus hat aber nicht bloß mentale, sondern in erster

Linie systemische, in der Struktur des herkömmlichen Geldes wurzelnde Ursachen. Diese systemische Dysfunktionalität des Geldes – seine Möglichkeit, sich der Realwirtschaft als wirksame Nachfrage zu entziehen und zeitweise entweder in die Hortung oder in kurzfristige spekulative Finanzanlagen zu flüchten –, lenkt das wirtschaftliche Verhalten insgesamt in falsche Richtungen. So gesehen sind auch die gegenwärtigen „Exzesse“ und „Manien“ an den Börsen nicht die tieferen Ursachen der Krise, sondern es handelt sich auch bei ihnen nur um sich im Laufe der Zeit verstärkende Krisensymptome, die von der fundamentalen systemischen Dysfunktionalität des Geldes hervorgebracht werden.

Die vom ‚anderen Keynes‘ in Erwägung gezogene Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ könnte eine Chance eröffnen, den gesamtwirtschaftlichen Geldkreislauf zu verstetigen und die Kaufkraft der Währungen zu stabilisieren, so dass sich dann die von Akerlof & Shiller unter Berufung auf Fisher gegen Friedman ins Feld geführte „Geldillusion“ verflüchtigen würde. (Für die Zeit bis dahin könnten – wofür auch Akerlof & Shiller eintreten – Anleihen durch eine Indexierung vor Kaufkraftschwankungen geschützt werden; S. 81-83). Außerdem würden in einem verstetigten Geld- und Wirtschaftskreislauf das gegenseitige Vertrauen aller beteiligten Akteure gestärkt und die Sicherheit ihrer Erwartungen erhöht. Ihr Wunsch nach einem fairen Interessenausgleich ließe sich besser erfüllen als unter den gegenwärtigen Bedingungen und der Korruption und Wirtschaftskriminalität würde der Nährboden entzogen. Schließlich würde die Wirtschaft durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ keineswegs zu einer sinnlosen Konsumorgie angeheizt. Wie Keynes schon weise voraussah, könnte sie vielmehr bei einem Sinken von Geldzins und Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals gegen Null allmählich in ein stabiles „quasi-stationäres Gemeinwesen“ übergehen. (AT, S. 184-185 und 316-317) Damit könnten sich Chancen für einen neuerlichen „kulturellen Wandel“ hin zu mehr Solidarität zwischen den Menschen und mit der Natur eröffnen.

Nicht erst die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein augenfälliger Beweis dafür,

dass die „unsichtbare Hand“ nicht alles von allein regeln kann. Deshalb bedarf es tatsächlich des demokratischen Rechtsstaats als einer starken „sichtbaren Hand“. Diese soll aber nicht in wirtschaftliche Vorgänge intervenieren, sondern das hochkomplexe Gefüge dieser Vorgänge mit einer gerechten Geldordnung einhegen. Als Wegbereiter eines den Kapitalismus mit schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen reparierenden Interventionsstaates dürfte Keynes keine Zukunft mehr haben, während das im anderen geldreformerischen Keynes steckende Potenzial noch entfaltet werden könnte, den instabilen Kapitalismus zu überwinden und ihn im Zuge eines wirtschaftspolitischen „Gezeitenwechsels“ mit dem „sanften Tod der Rentiers“ in eine krisenfreie nachkapitalistische Marktwirtschaft übergehen zu lassen. (AT, S. 317)

Nach der Lektüre der „animal spirits“ bleibt die Frage: Wie ist es nur möglich, dass seit John Hicks ganze Generationen von post- und neokeynesianischen Ökonomen – außer Dudley Dillard und Lawrence Klein – bis hin zu den Monetärkeynesianern Keynes' Sympathien für Gesell nicht wahrnahmen? Und wie ist es nur möglich, dass hochdekorierte Ökonomen wie Akerlof und Shiller selbst unter den Bedingungen der gegenwärtigen dramatischen Finanzmarktkrise noch immer der wissenschaftlichen Rezeption und Weiterentwicklung der Geldreform ausweichen und dass sie auch kein einziges Wort über Keynes' weitsichtigen Bancor-Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft verlieren? Gerade in Zeiten schwerer Krisen wie den unsrigen tragen Ökonomen eine hohe Verantwortung für das Wohl und Wehe der Allgemeinheit. Dieser Verantwortung werden Akerlof & Shiller, aber nicht nur sie, leider nicht gerecht. Was muss eigentlich noch geschehen, um Ökonomen zu veranlassen, sich dem Schlüsselproblem des Geldes und seiner von Keynes richtig als „antisozial“ erkannten Vorliebe für Liquidität und für Renditen zuzuwenden?

Werner Onken

■ Harald Schumann & Christiane Grefe Der globale Countdown – Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung. Die Zukunft der Globalisierung

Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2008. 458 Seiten.

Vor 13 Jahren veröffentlichten die beiden Spiegel-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann den Bestseller „Die Globalisierungsfalle“, in dem sie die Folgen und Probleme der „neuen“ Globalisierungswelle beschrieben.

Mit der gleichen Thematik beschäftigt sich das aktuelle Buch von Harald Schumann und seiner neuen Co-Autorin Christiane Grefe (ebenfalls Journalistin). Zu Recht bezeichnet der Verlag es als „Fortsetzung“ des damaligen Bestsellers. Die Autoren beschreiben in einem angenehmen und nie langweiligen Erzählstil an Hand von Fallstudien die globalen Herausforderungen: drohende Klimakatastrophe, krisenanfällige Weltfinanzsysteme (das Buch wurde vor dem Beginn der Finanzkrise geschrieben!), ungerechte Verteilung der Ressourcen, Steueroasen usw. Dabei nimmt das Buch oft Bezug auf Ereignisse und Diskussionen in Deutschland. Als profunde Hintergrundlektüre zum besseren Verständnis und Einordnung der ungelösten globalen Probleme ist das aufrüttelnde Buch hervorragend geeignet. Nun laden die Autoren dem Leser nicht sämtliche Weltprobleme auf die Schultern, ohne Lösungsansätze zu skizzieren. Die Botschaft ist klar: „Die Menschheit steht am Scheideweg. Die Alternativen lauten: globale Kooperation oder globalisierte Katastrophen.“ Globale Probleme können – so die Autoren – nicht mit Mitteln und Ansätzen der Nationalstaaten gelöst werden. Dabei gibt es Anzeichen für eine weltweite Solidarität und die Hoffnung auf die Geburt einer Weltzivilgesellschaft. Existierende internationale weltweite Organisationen sollen gestärkt und neue gegründet werden (z. B. internationale Steuerbehörde zur Bekämpfung der Steuerflucht). Also „Global Governance“ als Lösung, aber nicht in einem demokratiefreien Raum. Da Amerika „im Gestern verharrt“, soll eine demokratisch legitimierte Europäische Union die Vorreiterrolle bei dem Aufbau einer befriedeten Weltgesellschaft übernehmen.

Zum fast identischen Schluss kam das Vorgängerbuch 1997 auch. Es liest sich alles irgendwie schlüssig und logisch. Dennoch bleibt die Frage, ob diese Global Governance-Lösung nach dem Motto „Weltprobleme – Weltregierung“ zwingend ist. Es setzt staatliches (in diesem Fall überstaatliches) Eingreifen als Lösungsansatz voraus. Reicht in vielen Fällen nicht eine internationale Ordnung, entstanden durch ein Regelwerk von Vereinbarungen zwischen Nationalstaaten? Brauchen wir z. B. eine Weltwährung, eine Weltzentralbank und eine Weltfinanzaufsicht zur Lösung der weltweiten monetären Krise? Müssen weltweite Probleme zwangsweise durch eine geographische Ausdehnung der bisherigen nationalstaatlichen Lösungen und Instrumente bekämpft werden? Alternative gedankliche Ansätze zur Global Governance wären z. B. Dezentralisierung statt geographischer Ausdehnung der Handlungsebene oder marktwirtschaftliche Ordnung statt (über) staatlicher Lenkung. Derartige alternative Ansätze zum Mainstream-Denken bleiben unerwähnt. Dabei könnte noch einer auf die ganz verrückte Außenseiter-These kommen, dass die Globalisierung kein unumkehrbarer Prozess sei. Es ist noch gar nicht lange her, als der Ölpreis im Sommer 2008 fast 150 USD per Barrel erreichte und einige Vordenker eine Regionalisierung statt einer weiteren Globalisierung des Welthandels aufgrund der immens steigenden Energiekosten voraussagten. Heimische Äpfel statt neuseeländischer Kiwis auf den Tisch? Ende der Globalisierung? So schnell könnte es gehen. *Hugo Godschalk*

■ **Wolfgang Köhler**
Crash 2009 – Wie es dazu kommen konnte und wie Sie jetzt Ihr Geld anlegen sollten

Murnau: Mankau Verlag, 2009. 253 Seiten.

Der Autor ließ dieses Buch seinem anderen zum gleichen Thema: „Wallstreet Panik – Banken außer Kontrolle“ folgen, das nach Angaben des Verlags ein „Bestseller“ wurde.

Man wird durch die Jahre geführt, die der Krise vorangingen. Sehr genau und gut informiert beschreibt Köhler die einzelnen Stufen der Entwicklung und die sich ständig ändernden Be-

dingungen der Finanzmärkte, wo auf Druck der interessierten Kreise fortlaufend alle bisherigen Einschränkungen, Kontrollen und gewohnten Abläufe verschwanden. So konnten die Finanzjongleure frei schaffend immer neue Methoden erfinden, wie sie den Geldkapital Anbietenden ihr Geld abnehmen konnten.

Köhler stellt dann fest, dass sich mit der Zeit ein gigantischer Berg an Schulden bei Privaten und Staaten anhäufte, vor allem in den USA. Es war anscheinend so viel Anlage suchendes Kapital vorhanden, dass auch immer mehr eigentlich nicht kreditwürdige Schuldner mit Geld versorgt wurden, wobei klar war, dass man hier bereits gewaltige Risiken des (totalen) Verlustes aufbaute. Aber die dafür gebotenen Renditen waren so verlockend, dass nur noch sie die Hergebe von Geld leiteten. Bestes Beispiel sind die deutschen Landesbanken, die mangels sonstigen Handlungsbedarfs sich kräftig am internationalen Roulette beteiligten, um dann großartige Bilanzen vorweisen zu können. Die eingegangenen Risiken studierten die staatlichen Institutionen gar nicht erst selbst, um sich ein eigenes Urteil zu bilden, sondern verließen sich auf die Ratingagenturen.

Wie es dann zum Crash kam, wird sehr spannend geschildert. Am Ende steht dann eine 10-Punkte-Sammlung von „Regeln“ für die Geldanlage, die zu beachten schon immer gut waren und die jeder gut kennt, nur manchmal nicht danach gehandelt hat. Also nichts Neues, und die ihr Geld nach diesen Regeln anlegen (es ist immer noch genug davon vorhanden, denn die Verluste der einen waren ja die Gewinne der anderen), werden auch jetzt nicht ruhig schlafen können. Wer überhaupt die Gläubiger dieses riesigen Schuldenberges sind, wer da Billionen weltweit „anlegt“, von denen wird (mit Ausnahme der Chinesen und Japaner) nicht viel geredet. Es wird auch nicht gefragt, wie die zu ihrem unermesslichen Reichtum gekommen sind, wie sie nun in höchster Not sind, da sie für ihr vieles Geld keine schön rentierliche Anlage und vor allem keine sichere mehr finden. Wären da nicht die Staaten, die aber nach Auskunft unserer alles wissenden Kanzlerin auch pleite gehen können. Wohin also mit dem vielen Geld?! Man versteht

inzwischen, dass die Bibel doch Recht hat, dass nämlich eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher in den Himmel kommt. Denn die „Reichen“ leben doch jetzt und eigentlich immer in der Hölle, müssen täglich, nein stündlich, die Börsenkurse studieren, ständig Vermögen umschichten usw. „Es möcht' kein Hund so länger leben, drum hab ich mich der Magie ergeben“, ruft deshalb Faust aus.

Köhler sagt auch in seinem Interview, dass „niemand zu wissen scheint, mit welchen Mitteln dieser Krise beizukommen ist“. Wirklich niemand? Es gibt schon welche, aber die sind bisher Rufer in der Wüste der mit Scheuklappen versehenen Wissenschaft, die in ihrer Inzucht neuen Ideen nach Möglichkeit den Weg versperrt. Nicht einmal so bedeutende Geister wie Keynes werden wirklich studiert und verstanden. Aber auch Rom wurde nicht an einem Tag erbaut, und so darf man hoffen, dass „Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft“ (Goethe) eines Tages Licht in die Finsternis bringt.

Gerhardus Lang

■ Peter Ulrich Die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft als Kernproblem des 21. Jahrhunderts - Eine wirtschafts- ethische Fortschrittsperspektive

St. Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik Nr. 115, 2009. 23 Seiten.

[http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/85174839e19c7d1ec125693800405cdf/bd472613b28b8a6dc12575b4005213db/\\$FILE/Bericht-115.pdf](http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/85174839e19c7d1ec125693800405cdf/bd472613b28b8a6dc12575b4005213db/$FILE/Bericht-115.pdf)

Wenn die Zeitläufe das, was man in seinem Berufsleben gedacht, gelehrt und geschrieben hat, nur umso dringlicher machen, ist das eine willkommene Bestätigung, gepaart allerdings mit der Erwartung, dass Jüngere das Begonnene verstärkt fortführen. So mag Peter Ulrich, der 1987 den ersten Lehrstuhl für Wirtschaftsethik im deutschsprachigen Raum besetzte, bei seiner Abschiedsvorlesung in St. Gallen am 5. Mai 2009 die gegenwärtige Wirtschaftskrise empfunden haben.

Der kurze Text ist eine authentische Zusammenfassung seines Denkens und gleichzeitig hoch aktuell. Er zeigt, was notwendig ist, um

diese Krise zu bewältigen, die mehr sei als eine interne Turbulenz des marktwirtschaftlichen Systems und ihren Ort stattdessen in den mangelnden Orientierungshorizonten des Wirtschaftens habe, also in den kulturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Die Antwort liegt, so der Autor, weder allein in individueller Selbstbegrenzung noch in mehr Regulierung (Systemsteuerung), sondern entsteht aus der Wechselwirkung zwischen individueller Haltung und institutionellen Rahmenbedingungen in Form von neuen „Leitbildern“. Ethisch orientiertes Handeln müsse zwar individuell gewollt, aber auch innerhalb der institutionalisierten Selbstbehauptungszwänge für den Einzelnen „zumutbar“ sein.

Um diesen „Marktrand“ zwischen Marktwirtschaft und gesellschaftlicher Lebenswelt zu rekonstruieren und die Marktwirtschaft gesellschaftlich neu einzubetten, wie es Aristoteles und auch noch Adam Smith und John Stuart Mill als Moralphilosophen taten, benennt Ulrich zwei Ansatzpunkte: „Wirtschaftsbürgerrechte“ und „Bürgersinn“. Während herkömmliche Sozialstaatskonzeptionen vorwiegend nur die Symptome realer Unfreiheit der Wettbewerbsverlierer lindern, würden Wirtschaftsbürgerrechte die Eingangsbedingungen des Wettbewerbs und damit die Chancen für selbstbestimmte Lebensführung gewährleisten. Hier hätten auch die in dieser Zeitschrift behandelten Ideen über entgeltliche Bodennutzungsrechte, neutrales Geld und Grundeinkommen ihren Platz. Dass Ulrich für grundlegendes Überdenken des Geldwesens offen ist, hat er in seinem Geleitwort zu dem von Mathias Weis und Heiko Spitzeck herausgegebenen Buch „Der Geldkomplex“ (2008) zu Protokoll gegeben (siehe den Auszug auf Seite 2 in Nr.156/157 dieser Zeitschrift).

Als Hochschullehrer liegt ihm der zweite Ansatz, die Entwicklung von Bürgersinn durch wirtschaftsbürgerliche Bildung, besonders nahe. Statt nur die marktwirtschaftliche Systemlogik darzustellen, müssten sich Schulen und Hochschulen mit den Spannungsfeldern zwischen ökonomischer Systemrationalität und ethisch-politischen Leitideen der Gesellschaft, in der wir leben möchten, auseinandersetzen. Eine entsprechende wirtschaftsethische Öffnung der

Wirtschaftswissenschaften würde letztere einbetten in eine normativ-kritische Sozialökonomie. Ein Zwischenschritt dahin könnte ein Masterprogramm „Wirtschaft und Gesellschaft“ sein. Man kann nur hoffen, dass viele Hochschulen sich auf diesen Weg machen und der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich dazu auch künftig noch Wesentliches beiträgt.

Roland Geitmann

■ **Gerhard Scherhorn**
Geld soll dienen, nicht herrschen –
Die aufhaltsame Expansion des
Finanzkapitals.

Mit einem Vorwort von Hermann Knoflacher.

Wien: Picus Verlag, 2009. 96 Seiten.

Es ist ein Verdienst der Stadt Wien und ihrer Veranstaltungsreihe „Vorlesungen im Rathaus“, den Autor zu diesem Vortrag im Jahr 2007 veranlasst zu haben, und es spricht für den Autor, dass einige Ergänzungen und weiterführende Literaturhinweise genügten, um daraus eine im Jahr 2009 hochaktuelle Publikation zu machen. Gerhard Scherhorn ist emeritierter Professor für Konsumökonomik der Universität Hohenheim (Stuttgart) und Senior Consultant des Wuppertal Instituts, war Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und veröffentlichte im Jahr 2008 zum verwandten Thema das Buch „Nachhaltige Entwicklung: Die besondere Verantwortung des Finanzkapitals“ (s. dazu ZfSÖ 158/159 S. 64 ff.).

Nach Vorworten des Herausgebers Hubert E. Ehalt und von Hermann Knoflacher beginnt Scherhorn mit einer dankenswerten Klarstellung: „Wir dürfen den Kapitalismus nicht länger mit der Marktwirtschaft verwechseln. Marktwirtschaft kann Wohlstand für alle schaffen; Kapitalismus kann das nicht, solange er auf dem Vorrang der Kapitalakkumulation besteht ...“ (S.19). Das kapitalistische Weltssystem müsse sich wandeln, da es für seine weitere Ausbreitung keine weißen Flecken mehr finde und seine inneren Widersprüche immer deutlicher zutage träten. Dass der Staat einspringe, um die Finanzmärkte vor dem Zusammenbruch zu bewahren, sei jetzt zwar notwendig, müsse aber das letzte Mal sein und

könne dies auch, wenn die „Sozialbindung des Finanzkapitals“ gesichert werde.

Der Vorrang des Kapitals gegenüber Arbeit, Natur und Gesellschaft durch eigentumsrechtliche Zuordnung des gemeinsam Erwirtschafteten an den Kapitalgeber sei nicht mehr tragbar. Die „Unverantwortlichkeit des Finanzkapitals“, das der Zinseszinslogik folgend nur seine eigene Vermehrung betreibe, wirke katastrophal. Durch Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten werde die bestmögliche Verwendung (Allokation) verfälscht; das Ergebnis sei eine Vermögensinflation mit übermäßigem Anstieg der Kurse von Aktien, Investmentfonds, Anleihen und Sachwerten, bis, so muss man ergänzen, diese Blase von Scheinwerten platzt.

Scharf attackiert Scherhorn die von neoliberalen Ökonomen im Interesse von Oligarchen betriebene Entfesselung des Finanzkapitals seit 1980, die extrem ungleiche Einkommensverhältnisse verursache und den Wettbewerb untergrabe, Realkapital auszehre, Arbeitnehmer marginalisiere und Gemeingut-Erträge privat vereinnehme.

Unter der fragwürdigen Überschrift „Ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ (kann es das geben?) skizziert Scherhorn im letzten Abschnitt vier Aufgaben: „Gleichordnung der Produktivkräfte“, „Wettbewerb um Nachhaltigkeit“, „Kontrolle der Finanzmärkte“ und „Demokratisierung des Wohlstands“. Seine meisten Maßnahmevorschläge zu den letzten drei Bereichen (u. a. Internalisierung der Umweltkosten durch Ökosteuern, Transaktionssteuer im Aktien- und sonstigen Finanzhandel, Intensivierung der Banken- und Börsenaufsicht, Mikrofinanzangebote, Anpassung von Einkommen und Konsum in den Industrienationen nach unten) verdienen sicher Zustimmung. Unbefriedigend bleibt dagegen die erstgenannte Zielsetzung: So berechtigt und dringlich es ist, Einkommen der Mitarbeiter wie auch den Unternehmerlohn nicht länger als „Kosten“, sondern als Ertragsbeteiligung zu verstehen und auszugestalten, so wenig kann zufrieden stellen, hieran die Finanzkapitaleigner gleichrangig partizipieren zu lassen. Vermögens-einkünfte, wie sie sich aus unserer unzeitgemäßen Eigentums- und Geldordnung ergeben,

will Scherhorn zwar eindämmen, stellt sie aber nicht grundsätzlich in Frage und lässt deshalb auch Geld, Zinseszins und Bodenordnung weitgehend unangetastet.

Roland Geitmann

■ Christoph Deutschmann Kapitalistische Dynamik – Eine gesellschaftstheoretische Perspektive

Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. 210 Seiten.

„Kapitalistische Dynamik“ ist ein Titel, der Hoffnungen und Skepsis zugleich weckt: Hoffnung, dass in ihm 'Entwicklungsgesetze' des Kapitalismus präsentiert werden; Skepsis, dass eben dieses Unterfangen nur unzureichend gelingen kann. Kapitalismus, das macht Deutschmann gleich zu Beginn klar, ist für ihn kein rein ökonomisches Konzept, sondern ein gesellschaftliches Phänomen. Inhaltlich wird im Buch versucht, sich dem Wesen des Kapitalismus bzw. seiner Dynamik von drei Perspektiven anzunähern.

Im ersten Teil des Buches versucht Deutschmann das Kernelement kapitalistischen Wirtschaftens herauszuarbeiten. Dies ist, für alle die Deutschmann schon kennen wenig überraschend, das Geld. Der im Geld angelegte Verweis auf einen absoluten Reichtum ist Triebfeder und Motor des wirtschaftlichen Wandels. Auf Simmel zurückgreifend argumentiert er, dass die im Geld angelegte Optionsvielfalt diesem einen Sonderstatus über heutige und zukünftige Güter gibt. Wegen seiner Sonderrolle wird das Geld bei wirtschaftlichen Handlungen als Zweck und nicht mehr als Mittel gesehen. Wie schon in seinem 1999 erschienenen Buch „Die Verheißung des absoluten Reichtums“ vertritt Deutschmann die These, dass sich durch den Geldnexus der Kapitalismus im Prinzip nicht von einer Religion unterscheidet. Diese These könnte manchem Leser, auch mir, überzogen vorkommen, selbst wenn die Analogie in weiten Teilen zutrifft. Simmels Analyse des Geldes als absolutes Mittel gibt denselben Sachverhalt m.E. eingängiger wieder.

Im zweiten Teil des Buches ist Dynamik das Stichwort. Deutschmann schärft das Profil einer genuin soziologischen Wirtschaftssicht, die von der neoklassischen Gleichgewichtsanalyse ab-

weicht. Unsicherheit über die Zukunft macht rationales Handeln nicht ex-ante bestimmbar. Unternehmern kommt die Rolle zu, durch kreatives Handeln wirtschaftliche Mythen hervorzurufen (z.B. in Form einer neuen zukunftsweisenden Technologie), die temporäre Profite ermöglichen. In einem Prozess der Institutionalisierung eifern andere Unternehmer den Pionieren nach und lassen die Profite dahinschmelzen. Den Prozess schöpferischer Zerstörung, wie man ihn von Schumpeter kennt, ergänzt Deutschmann durch kreative Arbeiter und ein soziales Umfeld, das Innovationen akzeptiert.

Ein drittes Thema schwingt im gesamten Buch mit und wird an fast jedem Ende der einzelnen Kapitel thematisiert. Der Institutionalisierungsprozess im Anschluss an schöpferische Zerstörung geht einher mit dem Sinken von Profitraten. Deutschmann argumentiert nun, dass zwar die Profitraten in einer gesättigten Volkswirtschaft absinken, dem Geldzins widerfährt allerdings nicht das gleiche Schicksal. Auf den im Geld angelegten Verweis auf absoluten Reichtum verzichten die Leute nicht. Ironischerweise ruft so der Erfolg des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst dessen Krise hervor. Mangelnde profitable Anlagemöglichkeiten führen zur Entwicklung risikoträchtiger Finanzpapiere. Diese kumulieren sich spekulativ zu einer Blase, die in die Krise führt.

Die zumindest für die Leser dieser Zeitschrift naheliegende Lösung für Krisenerscheinungen dieser Art durch eine Geldreform verwirft Deutschmann (173). Geldreformer denken zu technisch und begreifen den Geldnexus nicht als gesellschaftliches Phänomen. Gegenüber seinem 1999 erschienenen Buch bietet Deutschmann konkretere Hinweise darauf, was er mit dieser Kritik meint. So haben sich seit den 1970er Jahren die Interessenlinien in unserer Gesellschaft zunehmend auf die des Kapitals ausgerichtet (Kapitel 10). Das zeigt sich eindrucksvoll an der geringen Akzeptanz für Inflation. Selbst wenn diese beschäftigungsfördernde Effekte haben sollte, wird eine Geldentwertung in weiten Teilen der Gesellschaft abgelehnt. Der Geldnexus ist zu einem tief verankerten Massenphänomen geworden. Die technische Lösung durch eine Umlaufsicherung

würde weder akzeptiert, noch würde sie den Geldnexus auflösen.

In diesem Punkt ist Deutschmann zuzustimmen. Den Geldnexus kann die Geldreform nicht auflösen. Eine Ablehnung derselben muss daraus aber noch lange nicht folgen. Vielmehr sollte der Pfad bei Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ wieder aufgenommen werden. Eine Geldreform kann den Geldnexus nicht auflösen, ihm aber Durchhaltekosten entgegensetzen.

Insgesamt ist Deutschmanns Buch sehr lesenswert. Leider sind sämtliche Kapitel des Buches so oder ähnlich schon in anderen Publikationen erschienen. So ergeben sich zwei Nachteile, auf die Deutschmann auch selbst im Vorwort hinweist. Auch wenn jeder Artikel ein relativ eigenständiges Thema verfolgt, sind doch Hinleitungen und Folgerungen zu/aus diesem Argument oft sehr ähnlich. Zum anderen werden Leser, die schon einige Texte von Deutschmann kennen, nicht viel Neues erfahren. Dennoch ist Deutschmann das Ziel einer Weiterentwicklung des 1999 erschienen Buches gelungen. Wenn auch nicht durch neue Argumente ausgebaut, so findet man doch Deutschmanns Thesen in diesem Buch analytisch schärfer formuliert.

Sehr zu empfehlen ist das Buch für Leser, die Deutschmann noch nicht kennen. Die Analyse der kapitalistischen Funktionsweise ähnelt sehr der geldreformerischen Sicht und bringt eine erfrischende Interpretation von Wirtschaftszusammenhängen abseits des neoliberalen Mainstreams. Gerade Geldreformern bietet das Buch interessante Einblicke in die gesellschaftliche Verankerung des Geldnexus. Somit schafft es auch Möglichkeiten für die geldreformerische Theoriebildung.

Felix Wilke

■ **Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)**
Wem gehört die Welt? – Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter

München: oekom-Verlag und Heinrich-Böll-Stiftung, 2009. 288 Seiten.

„Wem gehört die Welt?“ bricht in eine Zeit ein, in der die Defizite der umfassenden Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte immer deutlicher zutage treten. Es handelt sich um eine Sammlung von privatisierungskritischen Aufsät-

zen, in dem ein ganzer Reigen von Autoren zu Worte kommt – darunter auch bekannte Namen. Dies ist ein umso größerer Verdienst, zumal sich die Orthodoxie mit institutionellen Alternativen grundsätzlicher Art bislang kaum auseinandergesetzt hat.

Die Vielfalt der Meinungen ist gleichzeitig die Stärke und Schwäche des Buches. So fällt die sehr unterschiedliche Interpretation der Begriffe „Gemeingüter“ und „öffentliche Güter“ in den verschiedenen Beiträgen auf – ein Hinweis auf ein fehlendes Paradigma der Privatisierungskritiker, das der herrschenden Lehre entgegengesetzt werden könnte. Andererseits finden sich viele Beispiele für praktische Gestaltungsalternativen, die auch für die freiwirtschaftliche Diskussion interessant sein können (z.B. der Beitrag von Buhr und Finn: „Gegen Zäune und Schranken: Eine Flatrate für die kulturelle Allmende“).

In einigen Fällen sind die Beiträge jedoch sehr deskriptiv – man vermisst die analytische Durchdringung der Probleme und Lösungsvorschläge. Dies betrifft u.a. den Beitrag von Augsten „Die Bodenfrage neu stellen: Aber wie?“ Eine befriedigende Antwort auf die im Titel gestellte Frage erhält man nicht – dies ist schade, zumal es sich bei der Bodenfrage ja um die „ursprüngliche Problematik“ handelt. So verwendete Henry George den Begriff „Land“ in einem weiten Sinne, der auch andere Gegenstände umfasst, welche die Natur geschaffen hat. Da auch die allermeisten anderen Themen (biogenetische Ressourcen, Atmosphäre, Wasser etc.) als Variationen des alten Bodenthemas aufgefasst werden können, hätte das Buch eine Bereicherung erfahren können, wenn die Herausgeber auch den „Hütern des bodenreformerischen Gedankens“ (z.B. dem Seminar für freiheitliche Ordnung, der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, aber auch nicht-freiwirtschaftlichen Organisationen wie dem Volksheimstättenwerk) eine Stimme gegeben hätten. Wenn dies nicht geschah, liegt dies möglicherweise auch an der Außendarstellung insbesondere der freiwirtschaftlichen Bewegung, die heutzutage sehr auf das Geldwesen fixiert ist und das Thema „Reform des Boden- und Ressourcenrechts“ schon seit einiger Zeit nicht mehr ordentlich besetzt – und dies, obwohl Gesell nicht von ungefähr die Bo-

denfrage in der NWO noch vor die Geldfrage gestellt hat. Im Gegensatz zu Gesell sehen seine zeitgenössischen Anhänger nicht klar genug, dass eine isolierte Reform der Geldordnung in ein Desaster führen würde.

Ungeachtet der obigen Kritik hat das Werk eine Reihe von Highlights: Zu nennen ist hier vor allem der ethisch-religiös inspirierte Beitrag von Ulrich Duchrow („Kann ein Mensch seine Mutter besitzen?“), die Kritik an der „Allmendetragedie“ von Achim Lerch, der patentkritische Aufsatz von Moldenhauer/Hünemörder, die Interpretation der Atmosphäre als Gemeingut durch Hass/Barnes und nicht zuletzt das Nachwort der Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva.

Insgesamt ist die Lektüre des Buchs – auch der eher deklariert orientierten Beiträge – eine Bereicherung und Pflichtlektüre für all diejenigen, die Reformbedarf auch jenseits der Geldordnung anmahnen.

Dirk Löhr

■ Peter Barnes Kapitalismus 3.0 – Ein Leitfadens zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter

Hamburg: VSA-Verlag, 2008. 219 Seiten.

Hierzulande ist der us-amerikanische Geschäftsmann und Autor Peter Barnes durch sein Buch „Who owns the sky?“ (2001) bekannt geworden. In seinem von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen zweiten Buch „Kapitalismus 3.0“ legt Barnes noch ausführlicher dar, wie er sich neben der Privatwirtschaft und dem Staat den Aufbau eines dritten Sektors mit Gemeinschaftsgütern vorstellt.

Nach drei Jahrzehnten der neoliberalen Privatisierungen wirkt allein schon der Gedanke wohl-tuend, Gemeinschaftsgütern ihre Ehre zurück zu geben, die sie nicht zuletzt aufgrund leidvoller Erfahrungen mit sog. Volkseigentum verloren haben. Und Peter Barnes theoretisiert nicht nur, sondern er bemüht sich in seinem geschäftlichen Alltag auch, mit guten Beispielen voranzugehen, u.a. mit einem von ihm gegründeten Mitarbeiterunternehmen für Solarenergie. Sympathisch macht ihn außerdem, dass er sich bei seinem Denken und Handeln besonders am us-amerikanischen Bodenreformer Henry George und dessen

Vorläufer Thomas Paine aus der amerikanischen Gründerzeit orientiert. Zu seinen Vorbildern gehören auch John Ruskin, John Maynard Keynes, Ernst F. Schumacher („Small is beautiful“), John K. Galbraith und Herman Daly („Steady State Economy“). (S. 23 und 108-132). Andererseits beruft sich Barnes auch – allerdings nicht unkritisch – auf Ronald Coase, der gerade jene Property-Rights-Theorie mitformulierte, mit der die neoliberale Institutionenökonomik die Privatisierung von öffentlichem Eigentum legitimiert.

Im früheren „Mangelkapitalismus 1.0“ und im gegenwärtigen „Überflusskapitalismus 2.0“ versagten Markt und Staat auf jeweils eigene Weise. Deshalb erstrebt Peter Barnes – wie er es in Anlehnung an die moderne Computersprache nennt – ein Update des kapitalistischen „Betriebssystems“, bei dem ein zusätzlicher „Gemeinschaftsgut-Sektor“ institutionalisiert wird, so dass ein „Kapitalismus 3.0“ fortan als „verbessertes Wirtschaftssystem mit zwei Maschinen laufen (würde): einer auf private Profitmaximierung gerichteten und einer zweiten, die auf den Erhalt und die Mehrung des gemeinschaftlichen Reichtums orientiert ist“. (S. 18-19, 36) Als Gemeinschaftsgüter, deren Stellenwert in der Wirtschaft er erhöhen will, betrachtet Barnes „wechselseitig zu teilende Gaben“ der Natur, der Gemeinschaft und der Kultur, die uns im Unterschied zu selbst erarbeiteten Gütern geschenkt werden: „Luft, Wasser, Ökosysteme, Sprachen, Musik, Feiertage, Geld, Gesetze, Mathematik, Parks, das Internet und vieles andere mehr.“ (S. 28-30)

In Fortsetzung und Aktualisierung der früheren Bodenreformgedanken von Henry George tritt Peter Barnes der sog. „Tragedy of the Commons“ (Hardin) ähnlich überzeugend entgegen wie die Trägerin des Wirtschaftsnobelpreises Elinor Ostrom in ihrer „Verfassung der Allmende“. Insbesondere in den Kapiteln 6 seines Buches („Eine Treuhandschaft für die Schöpfung“) und 7 („Universelle Geburtsrechte“) entwickelt Barnes in Anknüpfung an schon bestehende Institutionen wie den „Marin Agricultural Land Trust“, den „Pacific Forest Trust“ sowie den „Alaska Permant Fund“ und über Coase hinausgehend seine eigenen Vorstellungen vom Aufbau von „Gemeinschaftsgut-Trusts“ – insbesondere auch im Hinblick auf einen weltwei-

ten „Sky Trust“. (108-149, 184-187) Wegweisend ist seine Überlegung, für die Nutzung von Gemeinschaftsgütern eine von ihrer Intensität abhängige Gebühr zu erheben und diese in einem „treuhandvermittelten Kreislauf der Gemeinschaftsrente“ zu gleichen Teilen an die Bevölkerung zurückzuveteilten, um besonders die Existenz von Familien zu sichern und die Zeiten von Krankheit und Alter zu erleichtern: Die Gemeinschaftsrente „gebührt einem jeden. Jedoch würde die voll ausbezahlte Gemeinschaftsrente den Lebensstandard der Armen weit stärker heben als den der übrigen. Im Unterschied zu anderen Formen der Hilfe für die Armen kann die Gemeinschaftsrente auch nicht als Wohlfahrt verspottet werden. ... Es handelt sich um Einkünfte aus Eigentum, die als universale Rechtsansprüche Anerkennung finden sollen.“ (S. 129)

Ohne den hohen Wert der Vorschläge von Barnes in Zweifel ziehen zu wollen, stellt sich allerdings auch die Frage, ob sich ein neuer „Gemeinschaftsgüter-Sektor“ einfach zu den herkömmlichen Sektoren des Marktes und des Staates hinzu addieren lässt, ohne dass sie sich nicht auch gleichzeitig ändern müssen. Warum sollten die Kapitalgesellschaften sich plötzlich auf eine friedliche Koexistenz mit einem größer werdenden Gemeinschaftsgüter-Sektor einlassen, nachdem sie diesen Sektor bislang „verschlungen“ haben? (S. 20) Über die Kapitalgesellschaften schreibt Barnes selbst, dass sie „große Geldströme dirigieren“, Renditen maximieren, ihre Haftung beschränken und „immer größer und mächtiger werdende Automaten“ sind. In einem „ununterbrochenen Wachstumsrausch verschlingt der Kapitalismus die Schöpfung.“ (S. 46-48, 53)

Leider sieht Barnes (noch) nicht, dass ‚hinter‘ dem Expansionsdrang der Kapitalgesellschaften und ‚hinter‘ dem Markt- und Staatsversagen ein bislang wenig beachtetes Geldversagen liegt. Mit dem lapidaren Satz „Geld ist das Blut unseres Wirtschaftssystems, es sollte jedoch nicht seine Seele sein“ (S.38) dringt er nicht bis zum tieferen Kern der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes durch, welche das marktwirtschaftliche Gewinnstreben zur kapitalistischen Renditemaximierung pervertiert und verhindert, dass das Geld seine Aufgabe als gesamtwirtschaftlicher

Koordinator von Angebot und Nachfrage erfüllt. Zwar kritisiert Barnes den Kapitalismus „mit dem Finanzkapital als seinem König“. Dennoch vermag er sich – vielleicht weil er nach eigener Aussage „als Geschäftsmann und Investor persönlich vom Primat des Kapitals profitiert hat“ – nicht vorzustellen, dass sich „das umfassende Ganze von der Profitmaximierung als seinem dominanten Prinzip befreien“ lassen (S. 18, 50-51) und dass der Kapitalismus in eine Marktwirtschaft ohne die undemokratische Herrschaft des Finanzkapitals übergehen könnte. Deshalb bleibt ihm nur die Hoffnung, dass sich wie im 20. Jahrhundert auch im 21. Jahrhundert ein- oder zweimal ein „kleines Zeitfenster“ öffnen könnte, in dem der Einfluss der Kapitalgesellschaften auf die Politik vorübergehend schwächer wird. Für einen solchen historischen Augenblick möchte er Vorbereitungen treffen und dann die Gunst der Stunde nutzen, um in größerem Umfang einen Gemeinschaftsgüter-Sektor zu institutionalisieren. (S.76 und 191)

Gegenüber dem Staat bleibt Barnes skeptisch eingestellt und weist ihm nicht die Aufgabe zu, als Rechtsstaat dem Geld seine strukturelle Macht zu nehmen und es zu einem allen Menschen gleichermaßen dienenden Gemeinschaftsgut zu machen, das sich nicht mehr für private Macht- und Spekulationszwecke missbrauchen lässt. Eine Strukturreform des Geldes könnte auch den Charakter der Privatwirtschaft grundlegend in Richtung auf eine „Repersonalisierung der Unternehmen“ (Binswanger) ändern und damit überhaupt erst einen größeren Freiraum für die wünschenswerten Ausdehnung des Gemeinschaftsgüter-Sektors schaffen.

Unabhängig davon ist es sehr verdienstvoll, dass Peter Barnes unter Hinweis auf Karl Polanyis „Great Transformation“ die entscheidende Rolle hervorhebt, die die Mobilisierung des Bodens zum beleihbaren Kapitalgut beim take-off der früheren Agrargesellschaften zur modernen Industriegesellschaft sowie beim anschließenden Niedergang der Gemeinschaftsgüter (S. 40-45) und beim Aufstieg der Kapitalgesellschaften gespielt hat. Aber wie schon Henry George, so fehlt auch ihm bislang der von Silvio Gesell und danach von John Maynard Keynes geöffnete

Blick für die Rolle, die auch das Geld als ein die ursprüngliche und fortgesetzte Akkumulation von Kapital antreibendes „Urkapital“ beim take-off in die Moderne gespielt hat. Sein struktureller Vorteil gegenüber der menschlichen Arbeit, hortbar und liquider zu sein und gleichsam die Grenzen von Raum und Zeit durchbrechen zu können, könnte zum Kern dessen gehören, was die von Barnes zitierte Marjorie Kelly mit ihrem Buchtitel „The Divine Right of Capital“ zum Ausdruck bringen wollte. (S. 109)

Es bleibt zu hoffen, dass Peter Barnes auch die Schlüsselrolle des bisherigen kapitalistischen Geldes und die Notwendigkeit seiner Strukturform noch einmal in seine Überlegungen einbezieht, was denkbar ist, da er bereits Sympathien für die von Zeitbanken herausgegebenen Komplementärwährungen erkennen lässt. (S. 174). Vielleicht wird er dann nicht mehr vom „Kapitalismus 2.0“ zu einem „Kapitalismus 3.0“ gelangen wollen, sondern als 3.0-Version einen Übergang zu einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ anstreben. Das würde freilich im Gegensatz zur bislang üblichen Gleichsetzung von „capitalism“ und „free enterprise“ eine klare ordnungspolitische Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus erfordern. Und dann würde Peter Barnes wohl auch die Pro-Kopf-Rückverteilung der Gebühren für die Nutzung von Gemeinschaftsgütern nicht mehr analog zum bisherigen kapitalistischen Sprachgebrauch als „Dividende“ bezeichnen (S. 15, 138), sondern als das, was er – wie das Kapitel 7 über die „universellen Geburtsrechte“ zeigt (S. 135) – eigentlich damit meint, nämlich die Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den Gemeinschaftsgütern.

Werner Onken

■ **Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann und Elisabeth Freytag (Hrsg.)**
Welches Wachstum ist nachhaltig – Ein Argumentarium?

Wien: Mandelbaum Verlag, 2009. 234 Seiten.

Der hohe Lebensstandard westlicher Industrieländer ist einem jahrzehntelangem Wirtschaftswachstum zu verdanken. Eine solche materielle

Steigerung hat es nie zuvor in der Menschheitsgeschichte gegeben. Die Nebenwirkungen dieser Steigerung werden immer sichtbarer: Klimawandel, Umweltzerstörung, zunehmende Ressourcenknappheit. Vom österreichischen Lebensministerium haben die Herausgeber des Buches „Welches Wachstum ist nachhaltig? – Ein Argumentarium“ den Auftrag erhalten, die Wachstumsentwicklung zu untersuchen und Strategien für eine zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln.

In 15 Beiträgen von verschiedenen Autoren mischen sich Analysen mit Lösungsansätzen. Den Verlauf des Wachstums untersucht Andreas Breitenfellner. Er spricht von einem „superexponentiellen“ Wachstum, da die prozentualen Wachstumsraten über die letzten zweitausend Jahre zugenommen haben. Die Herausgeber und Verfasser des „Argumentariums“, Hinterberger, Hutterer und Omann, plädieren daher für ein qualitatives Wachstum, das die ökologische, soziale und ökonomische Dimension gleichermaßen berücksichtigt. Im Vordergrund müsse die Steigerung der Lebensqualität und deren möglichst objektive Messung stehen. Eine sehr klare Position nimmt Niko Paech ein, der für eine wirtschaftliche Entwicklung jenseits von Wachstumszwang plädiert. Er nennt dies eine „Postwachstumsökonomie“. Diese beinhalte alternativ zu reinen Effizienzstrategien einen tief greifenden Systemwandel hin zu Regionalisierung, Regionalwährungen, Tauschringen, Subsistenzwirtschaft und anderen Maßnahmen, die zu einer umfassenden Effizienz, Konsistenz und Suffizienz im Sinne einer Entschleunigung und Entrümpelung beitragen. Auch Fred Luks stellt heraus, dass „weiteres quantitatives Wachstum keine Lösung für gesellschaftliche Probleme sein kann.“

Ähnlich sehen dies eine Reihe von weiteren Autoren des Buches. Kanatschnig bringt dazu ein Beispiel aus dem holzwirtschaftlichen Sektor: Das Stift Schlägl in Österreich wirtschaftet seit 750 Jahren erfolgreich in der Forstwirtschaft. Es wurde immer nur soviel Holz entnommen wie nachgewachsen ist. Wäre das Unternehmen nur um 2% pro Jahr gewachsen und wäre die Bewirtschaftungsfläche entsprechend ausgeweitet worden, bräuchte es heute bereits mehr als die Hälfte der Fläche Europas und in weiteren 250

Jahren bräuchte es mehr als die Oberfläche der Erde.

Michaela Moser stellt den Ansatz der fürsorgenden Arbeit vor, die im Englischen unter dem Begriff „Care“ Verbreitung gefunden hat. Für einen Perspektivenwechsel der männlich dominierten Ökonomie plädiert auch Judith Pühringer, die einen ganzheitlichen Arbeitsbegriff zu mehr Sinnhaftigkeit, Qualität, Demokratie und Gleichstellung der Frauen einfordert. Dazu müssten Erwerbsarbeitszeiten radikal verkürzt und neu verteilt werden.

Vor einem Abbremsen der Wachstumsrate, nationalen Alleingängen und Experimenten mit alternativen Arbeitsformen warnen die beiden Mitarbeiter der österreichischen Zentralbank Schwarzbauer und Schuh, die lieber auf die Kräfte des Marktes vertrauen, indem entsprechende internationale Rahmenbedingungen für das individuelle Verhalten gesetzt werden wie z. B. der CO₂-Zertifikatehandel. Auf die Problematik der Aushandlung internationaler Vereinbarungen zu Emissionsrechten weisen die beiden Caroline Haberfellner und Matthias Gruber hin, die Mitarbeiter im österreichischen Bundesfinanzministerium sind. Welches Interesse hat ein Staat an einem Zertifikatehandel, wenn die Kosten dafür höher sind als die unmittelbaren negativen Umweltwirkungen auf das Land? Für die politischen Entscheidungsträger ist es bei einem ungünstigen Verhältnis nicht einfach, Wählerstimmen zu gewinnen.

Hans-Christoph Binswanger setzt einen überzeugenden Schlusspunkt, indem er die Wachstumsautomatik herausarbeitet und vier langfristige Strategien vorschlägt, den Wachstumsdrang der Wirtschaft abzubremsen. Er nutzt das Bild des Zauberlehrlings von Goethe, der zwar lernte, wie er die Mühle in Gang brachte und immer produktiver einsetzte, aber daran scheiterte, die Mühle wieder zu stoppen. Es gäbe anders wie in Goethes Geschichte keinen „weisen Meister“, sondern die Menschen müssten selbst lernen, wie das Wachstum verlangsamt wird. Dazu könnten neue Eigentumsformen wie Stiftungen und Genossenschaften beitragen. Das Eigentumsrecht selbst könnte um ökologische und soziale Pflichten ergänzt werden. Im Finanzsystem könnte ein 100%-Vollgeld nach den Vorschlägen von Irving Fisher

die Profitorientierung dämpfen. Ein obligatorischer Sozialdienst auch für Männer könnte die Fixierung von der karriereorientierten Erwerbsarbeit lösen helfen und die Qualität der sozialen Beziehungen erhöhen.

Alles in allem bietet das Buch somit vielfältige Einblicke und Lösungsansätze, die kurz und überschaubar dargestellt sind. *Christian Gelleri*

■ Hanns Wienold Leben und Sterben auf dem Lande – Kleinbauern in Indien und Brasilien

Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007. 218 Seiten.

In seinem Buch geht es dem Autor, einem Universitäts-Soziologen aus Münster, um das Ausrotten sowie die „Wiederkehr der Bauern“ – wie es Claudia von Werlhof schon vor Jahren mal formulierte. Ein Hauptwesenszug des 20. Jahrhunderts war, die selbständigen Bauern in Europa und weltweit mit allen Regeln der Kunst zu eliminieren. Dass Kleinbauern keine Zukunft hätten, galt auch hierzulande über Jahrzehnte als ausgemacht und unabänderlich. Angesichts der wachsenden Welternährungs- und Armutskrise wird jedoch nunmehr wahrgenommen, dass die neuen Erwerbslosen sich gezwungenermaßen im „Nebenberuf“ als neue Bauern betätigen, um sich so eine kleine Unabhängigkeit vom Auf und Ab der Lohnarbeitsmärkte zu erackern. Diese Subsistenzwirtschaften bewahren die jeweiligen Familien vielfach vor größerem Elend und erhalten für die Einzelnen dörfliche Lebenszusammenhänge in Haus und Hof.

Allerdings sind diese heutigen neuen Bauern nahezu ausschließlich Kleinbauern. Und sie leben – entgegen unserer fest gefügten Vorstellungen von Bauerntum – eher nomadisch. Als Mitglieder der brasilianischen Landlosenbewegung sind sie bereit und in der Lage, mehrfach in ihrem Leben auf einem neuen Stück Land noch einmal von vorne anzufangen. Sie ziehen mit ihrer Wirtschaft, von landgierigen Großgrundbesitzern vertrieben, notfalls ein paar Male im Leben um und finden das nicht unbedingt tragisch. Sie kleben nicht an ihrer Scholle. Wie die europäischen Bauern der früheren Neuzeit bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts leben die anderen Kleinbauern

des Südens in Mischwirtschaften, d.h. sie arbeiten halb in der Stadt und halb auf dem Land, häufig als jahrelange Arbeitsmigranten. Wie heute auch in Ostmitteleuropa werden in Nordindien (etwa in Himachal Pradesh) die Dörfer erhalten, indem die Bauern bereit und in der Lage sind, zeitweilig in der Stadt zu leben und von ihrem dort verdienten Lohn einen (meist kleineren) Teil nach Hause zu schicken. Besonders in Nordwestindien verstand Hanns Wienold, dass die Voraussetzung des "Bleiben-Könnens" heute oft das "Weggehen-Können" ist.

Seit den Agrarreformen der 1970er Jahre hat sich die Lage im „Changar“ am Fuße des Himalajas eher verschlechtert. Ursache ist vor allem die starke Bevölkerungszunahme samt Realerbtteilung. Für die einzelnen Familien werfen die kleinen Landbesitze nicht genug ab. Die Agrarreformen gaben den ehemaligen Landarbeitern zu wenig oder zu schlechtes Land aus den ehemaligen Commons. Junge Männer gehen deshalb oft für mehrere Jahre in die Städte und unterstützen ihre Familien durch regelmäßige Geldsendungen. Nur einige der Arbeitsmigranten kommen im Sommer für zwei, drei Wochen, um bei der Ernte zu helfen. So treffen sich ehemalige Vollbauern wie ehemalige Landarbeiter auf einem gewissen Level und bilden heute ein einheitlich von Nebenverdiensten abhängiges Semiproletariat. Erst nach Jahren des Exils kommen einige von ihnen um ihrer Dorf- und Familiengemeinschaften willen wieder zurück.

Die Umverteilung der Commons an die Landlosen führte vielfach zu einem Aufbrechen der alten Gemeinde- und Hilfsstrukturen. Zwar haben seit den Landreformen heute 85% der Haushalte ein Stück Land und nach offizieller Ansicht ist seither die Landlosigkeit beseitigt. Die Dorfbewohner Südindiens wurden nominell zu Besitzern des Bodens, was aber bedeutet, dass sie alle Risiken ihrer Existenz allein tragen müssen. Der Effekt der Verschuldung der Bauern ist zudem Ergebnis der so genannten „zweiten grünen Revolution“ mit ihren nicht eingehaltenen Versprechungen. Die gentechnisch veränderte Saat ist keineswegs besser und ertragreicher als die alten lokalen Sorten, sondern in vielen Fällen sogar weniger ertragreicher. Denn die Gen-Techno-Sa-

men sind in aller Regel den örtlichen Begebenheiten nicht angepasst. Die daraus entspringenden Pflanzen ziehen diverse Pflanzenkrankheiten geradezu an. Die in einer erdrückenden Schuldenfalle verfangenen jungen Bauern – ihnen wird eine Zinslast von bis zu 36% aufgehalst – bringen sich oftmals mit zwangsweise gekauften Pflanzengiften um. Ihre Frauen und Kinder versuchen sich dann entweder in Genossenschaften zusammenzuschließen und sich mit Mikrokrediten zu helfen oder sie müssen in die städtischen Slums abwandern.

Problematisch ist auch die Auswirkung auf die Ökologie. Das Kassieren der Commons seitens des Staats, die Vergabe der Holzschlägerrechte an Privatfirmen seitens der staatlichen Forstbetriebe etc. führte dazu, dass die traditionelle und in dem trockenen Gebiet ökologisch sehr wichtige Balance zwischen Land- und Waldwirtschaft nachhaltig gestört wurde und weiterhin wird. Die Plünderung der Commons zuerst durch den Regionalstaat und dann durch die Bewohner führte zu erheblichen ökologischen Verwüstungen – bis hin zur Verbreitung neuer Unkräuter, die die Leute als Ergebnis des Düngers und der Pestizide der Grünen Revolution betrachten. Die Aufforstung mit importierten Nutzhölzern wie Pinien und Eukalyptus treibt die Rhesusaffen und Stachel- und Wildschweine vermehrt auf die Felder der Menschen und führt so zu einem neuen Kleinkrieg zwischen Mensch und Natur und dem Aufgeben etwa des Bohnenanbaus. Hinzu kommt die Orientierung auch der kleinsten Höfe auf den puren Cash-crop-Anbau, wodurch der alte Anbau im Mischsystem aufgegeben wurde.

Am Beispiel Brasiliens zeigt Hanns Wienold, dass das Konstrukt des bürgerlichen Privateigentums die Funktion hatte und hat, sozial Schwächere von den Erträgen des Landes auszuschließen. Brasilien ist flächenmäßig 23 mal so groß wie die BRD, hat 186 Millionen Einwohner, von denen 53 Millionen unter der Armutsgrenze leben, also etwa 34% der Bevölkerung des Landes. Zwar sind heute drei Viertel der Brasilianer Städter, aber die Verstädterung tangierte nicht die feudalen Besitzstrukturen auf dem Lande.

Wie kam es zu den – weltweit – extrem ungleichen Besitzverhältnissen in Brasilien? Die Er-

oberer erklärten das Land als Besitz ihres Königs. Die Befreiungsbewegung von 1800 änderte das nicht. Seit dem 18. Jahrhundert waren es die Sklaven, an deren unbezahlter Arbeit man verdiente. Das änderte sich erst mit dem Verbot der Sklaverei und dem Erlass des Landgesetzes (*lei de la terra*) von 1850. Damit wurde nun das Land zu Privateigentum, konnte verkauft, vererbt, beliehen und verpachtet werden. 1% der Besitzer gehört heute 48 % des Landes in Brasilien. 9 % der Betriebe bewirtschaften 79% der Fläche. Dagegen haben 91% der Bauern nur 21% der Gesamtfläche.

Seitens der Landlosenbewegung (MST) wird gezielt Land von brachliegenden Latifundienländereien besetzt. U.a. legen die Landbesetzer Hütensiedlungen einschließlich Plastikplanenbehausungen entlang von Straßen an, um auf die Notwendigkeiten der konsequenten Durchführung der Landreformen resp. erneuter Landreformen aufmerksam zu machen. Einige Hundert dieser Siedlungen mitsamt ihrer Landbesetzungen wurden während der ersten Periode der Regierung Lula tatsächlich legalisiert. Sind sie erst einmal legalisiert, zeigen diese kleinbäuerlichen Siedlungen, da sie nun nicht mehr auf den ausschließlichen Anbau von schnell wüchsigen Jahrespflanzen (wie etwa Mais, Bohnen, Maniok) angewiesen sind, dass sie auf einem gleichgroßen Stück Land sehr viel höhere Erträge erwirtschaften können als die Großbetriebe. Die neuere Strategie, die der Regierung auch von außen aufgezwungen wurde, diese Gründe seitens der Landlosen kaufen zu lassen, funktioniert jedoch nicht. Die Landbevölkerung hat das Geld dafür einfach nicht und landet durch den Zwang zum Landerwerb bestenfalls in einer Schuldenfalle. Die Landbesetzungen erfolgen vor dem Hintergrund der in Brasilien erlassenen erneuten Landreformgesetze seit den 1960er Jahren. Nach der Verfassungsreform von 1988 soll Land enteignet werden, wenn es länger als ein Jahr ungenutzt brach liegt, der Art. 184 bestimmt diese Ländereien zur Enteignung.

Nach einer Erhebung von 1998 wären danach ca. 60.000 Latifundien mit ca. 166 Mio. Hektaren zu enteignen. Aber die Regierung setzt dieses Gesetz nicht konsequent um, unterstützt die

Landlosen de facto leider nicht, sondern knickt ständig vor der brutalen Gewalttätigkeit der Großgrundbesitzer ein. Morde an Landlosen wurden und werden auch heute noch vielfach nicht geahndet. So strömen weiterhin Menschen in die Favelas und eine elende Verstädterung nimmt rasant zu. Ergebnisse sind jene Großstädte, in denen niemand mehr sicher lebt, die Reichen sich in Neuaufgaben mittelalterlicher Burgen verschanzen und die Armen den Bandenkriegen der jeweiligen Slum-Mafiosis ausgeliefert sind. Aus dieser städtischen Peripherie rekrutieren sich die Landarbeiter, die von den Großgrundbesitzern gerade in den letzten Jahren in ein neues Sklaventum versetzt werden, indem sie gezwungen werden, ihren täglichen Bedarf in den Läden ihres Arbeitgebers zu erstehen und dadurch in einen Schuldzirkel geraten. Viele von ihnen kommen da zeitlebens nicht mehr heraus und diejenigen von ihnen, die sich gegen dieses menschenunwürdige System zu wehren versuchen, werden oft genug Repressalien und Folterungen ausgesetzt, werden umgebracht und im Wald verscharrt.

Das Werk von Hanns Wienold muss man eigentlich zweimal gründlich studieren, wenn man als Nicht-Landeskundige das Entstehen und die Diffizilitäten des Landraubkapitalismus sowie der gescheiterten Landreformen Brasiliens und Indiens verstehen will. Die neben den empirischen Studien durchforstete Literatur ist umfangreich. Schade ist nur, dass auch wissenschaftliche Verlage den Lesern zumuten, die Fußnoten ganz hinten und den kompletten Titel zur Literaturangabe noch mal woanders suchen zu müssen.

Allein der Ausblick des Autors befriedigt nicht. Zweifelsohne kann das Gründen neuer Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften manchen Bauern auf dem Land ein erträgliches Einkommen verschaffen. Aber warum scheiterten die früheren Genossenschaften wie etwa jene in Indien und Brasilien? Und wenn der Casus knaktus im privaten Besitz an Grund und Boden begründet ist, der sich dank korrupter Politik immer wieder in den falschen Händen konzentriert, warum konnten die bisherigen Landreformen so gründlich schief gehen? Muss nicht an dieser

Stelle auf die Politik der Unterwerfung von IWF und Weltbank gegenüber Ländern wie Brasilien und Indien seit der ersten weltweiten Schuldenkrise und erneut seit 1989 genauer eingegangen werden?

Natürlich ist das nicht alles. Die Landlosenbewegung Brasiliens scheiterte, so der Autor, auch an der Herrschsucht von Familienpatriarchen, die – sobald sie eigenes Land hatten – nicht zu genossenschaftlichem Handeln bereit waren, um die Oberherrschaft in der eigenen Familie nicht zu gefährden. Allerdings – setzt der Verfasser selbst dem gegenüber – wären kollektive Ansätze dort erfolgreich, wo sie sich neben der Familie zumindest auch auf andere Solidaritäten wie die indianischen Gemeinschaften oder Frauengruppen begründen könnten und sich zudem gemeinsam um den Erhalt der Umwelt einsetzen. Und er übersieht dabei die Chancen der gemeinschaftlichen Bewegungen und ihr Weiterbildungspotential. Vor allem jedoch fehlt ein Hinweis auf die Notwendigkeit neuer Stadt-Land-Koalitionen, ohne die das Land alleine gar nichts vermag. Es gibt sie ja schon, jene „Community Support Agriculture“ CSA-Gruppen, also jene Zusammenschlüsse, in denen Städter sich zusammen mit ihren Bauern das wetterbedingte Ernteertragsrisiko teilen, um einer umweltschonenden Landwirtschaft reelle Überlebenschancen zu eröffnen. Es sind wahrscheinlich vor allem diese neuen Stadt-Land-Genossenschaften, die in der Zukunft Chancen auch für Kleinbauern eröffnen werden. Und zwar auch, wenn es momentan angesichts der durch die neoliberale Politik von links bis rechts unbegrenzt geförderten Bodenspekulation noch nicht danach aussieht. Bisher geht – wie in Amazonien – die weltweit fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation durch Enteignung jedoch noch ihren unverdrossenen Gang und beraubt die Erde – pachamama – wie ihre Bewohner um ihre wichtigsten ökologischen Ressourcen.

Elisabeth Meyer-Renschhausen

■ **Krister Volkmann**
Regional – und trotzdem global.
Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld
zwischen Regionalität und Globalität

Münster: LIT-Verlag, 2009. 272 Seiten.

Krister Volkmann skizziert in seiner Dissertation im Grunde ein sekundäres „Spannungsfeld zwischen Globalität und Regionalität“, das sich nur demjenigen eröffnet, der den Ausgleich des primären Spannungsverhältnisses – einer globalisierenden Wirtschaft, die viele ihrer ehemals regionalen Strukturen längst hinter sich gelassen zu haben scheint – bereits in der solidarischen Ökonomie sucht. Nur wer sich bereits entschlossen hat, das eigene Wirtschaften verantwortlich und kreativ zu gestalten, kann die Frage stellen, „ob es besser sei, ... fair gehandelten Honig aus Südamerika zu kaufen oder Honig aus der Region“ (S.6). „Was macht ein Regionalgeld in einem Eine-Welt-Laden?“ (S.7) Diese Frage bringt den Hintergrund der explorativen Studie denkbar einfach auf den Punkt. Um sie zu beantworten, wählt der Autor eine sehr interdisziplinäre, überraschend breite und angenehm schnörkellose Argumentationsweise, die vielen Lesern, die mit dem Thema Regionalwährungen noch wenig Berührung hatten, einen nahtlosen Einstieg entlang angrenzender Themen und Forschungsschwerpunkte bieten kann.

Der Reiz liegt im Vergleich zweier Bausteine einer solidarischen Ökonomie:

1. Regionalwährungen als regionaler Baustein. Ein junges innovatives Konzept im Experimentierstadium, dem die endgültige Ausdifferenzierung bis zur ökonomischen Bedeutsamkeit definitiv noch bevor steht.
2. Der Faire Handel als globaler Baustein, der nun bereits auf 30jährige Erfahrungswerte zurückblicken kann und in vereinzelt europäischen Ländern für bestimmte Produkte mittlerweile sogar bedeutende Marktanteile erreichen konnte. So stammen überraschende 46% der in der Schweiz konsumierten Bananen und 20% des in Großbritannien verkauften Kaffees aus fairem Handel. (S.150)

Neben einem breiten Überblick über sehr unterschiedliche Formen komplementärer Währungen

en und einer nützlichen Übersicht über die jüngsten Forschungsarbeiten zu diesem Thema enthält der einführende Teil über die Regionalwährungen eine quantitative Analyse der Anbieterstrukturen mehrerer Initiativen und einige Interviews mit Akteuren, deren beruflicher Alltag genau an der Schnittstelle zwischen Regionalität und Globalität im Rahmen solidarischer Ökonomie stattfindet.

Ein Schlüsselabschnitt im ersten Teil ist für mich Kapitel 3.5, in dem Volkmann die Nationalwährungen als „Sonderfall der Geschichte“ bezeichnet. Er erläutert die unterschiedlichen Motive, die zu dieser Entwicklung geführt haben und stützt sich dabei vielfach auf die Argumentation von Eric Helleiner (2003: „The Making of National Money. Territorial Currencies in Historical Perspective“). Hier kommt aus meiner Perspektive die begriffliche Einordnung der Regionalwährungen leider ein wenig zu kurz. Spricht Helleiner im Englischen von „territorial currencies“, so wäre es wünschenswert, den territorialen Aspekt der Regionalwährungen eindeutig anzusprechen. Zwar definiert Volkmann eingangs die Regionalwährungen nur anteilig über ihren territorial eingeschränkten Gültigkeitsraum und viel entscheidender über ihre Zielsetzung; definierte man Regionalwährungen aber im Sinne eines Mediums, welches innerhalb eines motivational und eben gerade nicht territorial definierten Netzwerkes mit freiwilliger Teilnahme zur Kommunikation herangezogen wird, würde das Entwicklungspotenzial für „Regional“-Währungen aus der Argumentation Helleiners zum Bedeutungsverlust territorialer Währungen vielfach deutlicher.

Die Teile 2 und 3 des Buches bieten eine spannende Reise durch unzählige Theorien (z.B. die Theorie hybrider Kulturen), Denkansätze (z. B. Grundeinkommen, Halbtagsgesellschaft und Subsistenzwirtschaft) und Exkurse in Praxis und Geschichte (Hugenotten in Brandenburg).

Wer aber – wie ich – mit der Theorie sozialer Systeme von Luhmann sympathisiert, kann möglicherweise beim Lesen von Kapitel 8, der sozialpsychologisch-philosophischen Sicht auf „(Eigene) Identität und Engagement (für andere)“ entlang der Theorie kreativen Handelns von Mead

und Dewey, mein eingeschränktes Einverständnis nachvollziehen: Angesichts der recht moralisch handlungstheoretischen Forderung „die Menschen in einer Region in einer solchen Form zum Handeln, zum Tätigwerden und kreativ sein anzuregen, dass sie ihr Handeln und Tätigsein im Rahmen eines größeren sinnhaften Ganzen erleben“ frage ich mich: Wer soll dieser außen oder über allem Stehende sein, der die Menschen einer Region zum kreativen, Sinn bringenden Handeln anzuregen vermag?

Eines wird in diesem Buch jedoch mehr als deutlich: Globalisierung und Regionalisierung dürfen nicht einfach als gegenläufige Tendenzen verstanden werden, sondern sie bedingen einander. In der Globalisierung liegt das Potenzial zur Regionalisierung und umgekehrt. Volkmann spricht hier von einer „gegenseitigen Durchdringung von Globalität und Regionalität“ (S. 130). Im Begriff der „Glokalisierung“ manifestiert sich also die erneute Zusammenführung dessen, was unsere dichotome Sprache überhaupt erst getrennt hat.

Eine menschliche Globalisierung ist demzufolge nicht nur möglich, sondern als Ergänzung einer menschlichen oder solidarischen Regionalisierung schlichtweg nötig und umgekehrt. Im Alltag muss das auch gar nicht kompliziert sein. Glokalisierung ganz praktisch geht so: Apfel-Mango-Saft aus regionalen Äpfeln und fair gehandelten Mangos entwickelt sich gegenwärtig zum absoluten Verkaufsschlager einer kleinen Kellerei in Brandenburg.

Aus einem Zitat von Seketu Mehta über eine Flutkatastrophe in Mumbai – nach der die Bevölkerung, ganz anders als beispielsweise in New Orleans, nicht auf staatliche Hilfe gewartet hat, sondern sich gegenseitig zu helfen begann und damit die soziale Ordnung aufrecht erhielt – zieht Volkmann eine einleuchtende und einprägsame Schlussfolgerung: „Gegenseitige Hilfe entsteht im Krisenfall nicht automatisch, sondern sie muss geübt werden. Regionalwährungen bieten einen Ansatz, das Sich-gegenseitig-Wahrnehmen und Sich-Unterstützen einzuüben.“ (S. 254)

Annette Bickelmann

■ **Paul Kellermann, Manfred Boni,
Elisabeth Meyer-Renschhausen**
**Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik
– Forschung und Lehre unter Kuratel
betriebswirtschaftlicher Denkmuster**

Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. 240 Seiten.

Das Buch zeigt in kritischen Beiträgen die unbefriedigende Situation der europäischen Hochschulen im Gefolge des Bologna-Prozesses auf. Einer generelleren Reflexion folgen in einem zweiten Teil Praxisberichte, um dann mit einem Abschnitt über die prekäre Situation des akademischen Mittelbaus zu schließen. Die Autoren der verschiedenen Beiträge vereint ihre kritische Perspektive – dabei ist die Sichtweise im Detail jedoch sehr unterschiedlich.

Die Grundzüge der Kritik lauten in wenigen Worten gefasst wie folgt: Während die Sorbonne-Erklärung des Jahres 1998 sich noch an einer humanistischen Philosophie orientierte, rief die Bologna-Erklärung Leitbilder wie „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums“ und „Beschäftigungsfähigkeit“ der Studierenden aus. Die Konsequenz war ein fortlaufender Bedeutungsverlust von bildungspolitischen Idealen à la Humboldt wie die Einheit von Forschung und Lehre, aber auch der Wissenschaft um der Wissenschaft Willen zugunsten einer zunehmenden Anwendungs- und Drittmittelorientierung. Letzteres ist untrennbar mit dem zunehmenden Rückzug des Staates aus seiner Finanzverantwortung für die Hochschulen verknüpft, der mit „Entlassung in die Autonomie“ schöngeredet wird. Hiermit droht auch die Unabhängigkeit der Hochschulen in Gefahr zu geraten.

Der Rückzug des Staates aus seiner Finanzverantwortung geht mit der Vorgabe von Planzahlen einher, die den Hochschulen oktroyiert werden und nach denen die Mitteltransfers erfolgen. In vielen Hochschulen herrschen denn auch Zustände vor, die an die „Tonnenideologie“ erinnern. Der klassische betriebswirtschaftliche Kontext: „Was man nicht messen kann, kann man auch nicht managen“ schickt sich im Gewande des New Public Management an, den „Output“ der Hochschulen nach dem Vorbild der (Kosten- und) Leistungsrechnung eines Unternehmens zu mes-

sen. In Wirklichkeit vergleicht man jedoch zu oft Äpfel mit Birnen. Die Beispiele sind Legende, so in der Lehre u.a. die sehr unterschiedliche Einschätzung identischer Lehrveranstaltungen in verschiedenen Studiengängen oder in der Forschung die Tatsache, dass Geistesgrößen wie Kant oder Luhmann nach den gegenwärtigen Evaluierungskriterien als Versager bewertet werden müssten. Dies gibt zu denken. Eine Hochschule tickt eben anders als ein Wirtschaftsunternehmen. Mit dem Einzug betriebswirtschaftlicher Denkmuster in die Hochschulen und der immer stärker werdenden Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wirtschaft droht ein Mittel (nämlich die Wirtschaftsorientierung) zum (Selbst-) Zweck zu verkehren (Kellermann).

Blomert und Meyer-Renschhausen ordnen die bestehende Orientierung an betriebswirtschaftlichen Grundmustern Rahmensetzungen zu, die – z.B. in Gestalt des „Washington Consensus“ oder des „General Agreement on Trade in Services“ – weltweit eine immer dominierendere Rolle spielen. Insbesondere die Lehre wurde zur Privatisierung freigegeben – die Forschung bleibt zwar de jure Angelegenheit der Nationalstaaten, ist über die zunehmende Drittmittelorientierung de facto ebenfalls Privatisierungstendenzen unterworfen – und wird damit in die Abhängigkeit privater Wirtschaftsinteressen getrieben.

Der Austausch der Studierenden im europäischen Hochschulraum soll v.a. durch eine Modularisierung und eine Bewertung der Workloads in sog. „ECTS-Punkten“ geschehen. Die Arbeitswertlehre feiert hier fröhliche Urstände (Liessmann). Die Durchstrukturierung des Studiums in Gestalt der Modularisierung bringt für Studierende wie Lehrende erheblich gestiegene Belastungen in Gestalt von Prüfungen mit sich. Die Möglichkeit zur Reflexion in Muße geht verloren. Orientierungsphasen und individuelle Schwerpunktsetzungen werden den Studierenden ebenfalls immer schwerer gemacht. Mit der „Vermessung der Hochschullandschaft“ (Prisching) geht auch eine immer intensivere Bürokratisierung einher („Ausflug nach Formalistan“), es droht der Sieg der „Form“ über den „Inhalt“ (Tönjes).

Ein bitteres Thema ist auch die Prekarisierung des akademischen Mittelbaus, der die Kehrseite

zur Stärkung der Hochschulleitungen darstellt. Die zugrunde liegenden „Reformen“ wurden schon von der rot-grünen Bundesregierung (unter Ministerin Bulmahn) angestoßen und fanden in der großen Koalition ihre Fortsetzung.

Das Buch ist ein Muss für jede Person, die in der Hochschulpolitik nicht orientierungslos mitmischen will.

Dirk Löhr

■ Karl-Heinz Brodbeck Die Herrschaft des Geldes – Geschichte und Systematik

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2009. 1193 Seiten.

Titel und Untertitel dieses in jeder Hinsicht gewichtigen Werkes verraten noch nicht, welchen Zugang der Autor wählt, den des Ökonomen oder des Historikers, des Politikwissenschaftlers oder Soziologen, des Theologen, Juristen oder Psychologen; alle hätten zu diesem zentralen Thema etwas beizutragen, wenn vielleicht auch nicht so Grundlegendes. Wer Karl-Heinz Brodbeck ein wenig kennt, weiß, dass hier ein sozialphilosophischer Denker spricht, der über seine wirtschaftswissenschaftliche Lehrtätigkeit an der Hochschule Würzburg längst hinausgewachsen ist. Seine Hinwendung zum Buddhismus hat offenbar seine Unabhängigkeit und die Tiefe seines Denkens gefördert, die sein Opus Magnum kennzeichnen.

Wer sich diesem Gebirgsmassiv von Buch nähern will, sollte wissen, dass ihn weder historische Vorgänge oder Statistiken noch mathematische Formeln erwarten, sondern kritische, scharfsinnige und tiefgründige Auseinandersetzungen mit dem wirtschaftstheoretischen Denken aus 24 Jahrhunderten. Den meisten Autoren werden Irrtümer oder Blickverengungen nachgewiesen. Neben Kritik auch hohe Anerkennung bezeugt Brodbeck nur zweien: „Noch immer kann man von Aristoteles und Marx mehr über Ökonomie lernen als von allen späteren ‚bürgerlichen‘ Autoren.“ Sein Urteil über die gegenwärtig vorherrschende neoliberale Wirtschaftswissenschaft ist vernichtend: „Theologie des Geldes“, „grandios gescheitert“ (S. 6), „eine wissenschaftliche Fehlgeburt“ (S. 7); ihre Macht liege „nicht in ihrer Fähigkeit, richtige Aussagen zu machen, sondern einfach darin,

der Geldgier (mehr oder weniger mathematisierte) Ausreden zu liefern, die Marktgehorsam einfordern“.

Entschieden lehnt Brodbeck alle Versuche ab, an der Herrschaft des Geldes durch äußere Rahmenbedingungen etwas ändern zu wollen. Die Macht des Geldes gründet für Brodbeck zu tief, als dass man sie mit „mechanisch“ einwirkenden Regeln beheben könnte. Geld ist für ihn wie die Sprache eine Form der Vergesellschaftung, eine „Denkform“, die uns als berechnende Wesen durch und durch prägt und Vehikel unserer Gier ist, einer irrationalen und abstrakten Leidenschaft. Aus Blindheit versklaven wir uns selbst und machen Sachzwänge und Institutionen dafür verantwortlich. „Das Geld kann menschliche Handlungen nur beherrschen, weil sein leeres Wesen und der ihm eigentümliche Schein nicht erkannt werden.“ (S. 3) „Die Geldwirtschaft, Zins und Gewinn beruhen auf dem Nichtwissen der Beteiligten.“ (S. 6)

Deswegen sieht sich Brodbeck als Wissenschaftler und Hochschullehrer in Verantwortung und nimmt diese gegen alle Ausgrenzungsversuche mutig und mit enormer Kraftanstrengung wahr. „Der Kapitalismus ist kein äußeres Ding, sondern eine Denkform, die sich in der Geldverwendung immer wieder neu erschafft und reproduziert.“ „Die Herrschaft des Geldes endet nur, wenn die Subjekte aufhören, sie als ihre Subjektform zu reproduzieren, wenn die Schulen, Hochschulen und Medien ihre Märchen von den Sachzwängen der Märkte beenden.“ (S. 9)

Die sozialwissenschaftlichen Grundlagen zur Begründung dieser Thesen in den Kapiteln 1 (Theorie der Gesellschaft) und 2 (Bedeutung als sozialer Prozess) nehmen bereits fast 300 Seiten ein. Das 3. Kapitel über Tausch und Geld enthält u. a. kritische Anmerkungen zu den Versuchen, Geld über seine Funktionen zu definieren. In dem mit 450 Seiten umfangreichsten 4. Kapitel referiert, interpretiert und kritisiert Brodbeck Tausch- und Geldtheorien von der Antike und der Scholastik über die Klassiker (Smith und Ricardo) und den Marxismus bis zur historisch-ethischen Schule (insbesondere Schmoller), zur subjektiven Wertlehre mit Gossen, Menger, Schumpeter und Mises und zur mathematischen Ökonomik (Walras u. a.).

Eine systematische Darstellung seiner eigenen Sicht bieten die 100 Seiten des 5. Kapitels über „Geldsubjekt und Geldgier“. Bei den Lesern dieser Zeitschrift dürfte das 6. Kapitel über „Theorie und Kritik des Zinses“ am ehesten Interesse finden, zumal es am Schluss nach Keynes und Schumpeter 14 Seiten über Silvio Gesell enthält. Ihm billigt Brodbeck manch zutreffende Erkenntnis zu, wie etwa die der Asymmetrie zwischen Geld- und Warenbesitzern. Gesells „mechanischen“ Lösungsansatz, der wegen vielfältiger Umgehungsmöglichkeiten nicht praktikabel sei, kann Brodbeck freilich nicht folgen: „Die teilweise radikale Sprache ist doch nur die Oberfläche einer umgedeuteten Kaufmannsgesinnung, die an den Markt und das Geld glaubt und alle beobachtbaren Verwerfungen nicht in dieser Form der Vergesellschaftung als ihren Grund erkennt, sondern eine ‚Fehlfunktion‘ der Wirtschaftsmaschine erblickt, die durch ein clever gestaltetes Schmiermittel – das Schwundgeld – besser funktionieren soll.“ (S. 1110)

Regionalwährungen kommentiert Brodbeck vergleichsweise freundlich als „Moment im langfristigen Kampf für die Aufhebung der blinden Geldherrschaft“, ein Stück „Rückeroberung des Geldes durch die Bürger“ (S. 1114). Wer auf eine breitere Würdigung solcher Bemühungen hofft, wird allerdings enttäuscht. In dem mit 24 Seiten bezeichnend kurzen 7. Kapitel „Kritik der Zukunft“ begründet Brodbeck, warum er auf praktische und politische Handlungsanweisungen verzichtet. Seine Aufgabe als philosophischer Ökonom sieht er in Analyse und Kritik. Wie die Menschen dann die Wirtschaft gestalten, wenn sie sich durch Erkenntnis aus ihrer Selbstversklavung befreit haben und die Vergesellschaftung auf „Mitgefühl“ gründen statt auf Geldgier, könne man getrost ihnen selbst überlassen; es gebe Tausende von Wegen zur Einschränkung der Geldherrschaft.

Das Buch entlässt seine Leser ziemlich erschöpft, wenn nicht gar resigniert. So wenig institutionelle Veränderungen allein etwas bewirken können, zumal sie ohne breites Umdenken gar nicht erst zustande kommen, so wichtig wäre doch zu bemerken, dass sich immer mehr Menschen aus dieser Selbstversklavung lösen und hierbei andererseits die Menschheit immer nur

„auf dem Wege“ bleiben wird. Deswegen wären neben den anerkennenden Sätzen über Regionalwährungen Hinweise auf die zahlreichen Initiativen und Bewegungen für solidarisches Miteinanderwirtschaften immerhin ermutigend gewesen. Es ist wohl auch buddhistischer Lebenseinstellung geschuldet, dass sich der Autor auf das Erkennen zurückzieht und in Vorschlägen zur Sozialgestaltung eher Täuschungsmanöver zur Fortsetzung der Geldherrschaft vermutet. Es genüge, das erkennbar Schlechte zu unterlassen und sich dem irrationalen Spiel der Geldgier und ihrer endlosen Unruhe zu verweigern.

Um das Thema „Geld“ zu erschöpfen, reichen offenbar selbst 1200 Seiten nicht und auch nicht 50 Seiten Literaturverzeichnis, in dem man manche Namen vermisst, etwa Erich Fromm, Udo Herrmannstorfer, Heiko Kastner, Bernard Lietaer, Dieter Suhr, Karl Walker, Ernst Winkler. Gleichwohl bleibt der Umfang dessen, was Brodbeck verarbeitet hat, so bewundernswert wie die Weite und Souveränität seines Blicks und ist all dies nur als Frucht von Jahrzehnten intensiver Arbeit erklärbar. Vermutlich wird man erst in größerem zeitlichen Abstand ermessen können, was der Autor mit diesem Werk für die Geistesgeschichte geleistet hat.

Roland Geitmann

■ Rat der Ev. Kirchen in Deutschland (EKD) Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels – eine Denkschrift

Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2009. 160 Seiten.

Im Umgang mit dem Klimawandel gibt es in Europa drei grundlegende Haltungen: die eher ökologisch orientierte (z. B.: ökologische Nachhaltigkeit hat Vorrang vor ökonomischen Vorteilen), die eher ökonomisch orientierte (z. B.: Arbeitsplätze heute haben Vorrang) und diejenige, mit der ökologische und ökonomische Interessen harmonisiert werden sollen (z. B.: Wirtschaftswachstum, technologische Marktführerschaft, Standortsicherheit und Arbeitsplätze durch ökonomischen Boom im Bereich Ökologie). Die EKD stellt sich auf die Seite der ökologisch orientierten Vertreter, kritisiert die zweite Option und lässt die dritte Richtung unbedacht. Auf Minderheitenoptionen zur Ökologieproblematik, wie sie

etwa von der Geld- und Bodenreform vertreten werden, geht sie, auch der Sache nach, ebenfalls nicht ein. So findet sich keine Stellungnahme zu dem Ansatz, den Wachstumszwang in der Wirtschaft, aufgrund dessen ständig Natur in Ware verwandelt werden muss, durch eine Reform der Geld- und Bodenordnung hin zu „rostendem Geld“ und Nutzungs- statt Eigentumsrechten am Boden zu überwinden.

Als Vertreterin der angedeuteten ökologisch orientierten Haltung empfiehlt die EKD die inzwischen dem Bürger weitgehend bekannten wissenschaftlichen und politischen Konzepte der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) bzw. Kommission, der „Grünen“ in Europa, der entsprechend eingestellten politikberatenden Wissenschaftsgremien (bes. des Weltklimarates IPCC) und Nichtregierungsorganisationen: Anerkennung der Existenz eines vom Menschen gemachten Klimawandels, ökologische Nachhaltigkeit bei allem Tun, Ausbau erneuerbarer Energien, Entwicklung einer global ansetzenden Migrationspolitik, gleiche Emissionsrechte für alle bei definierter Emissionsobergrenze, etc. etc. pp.

Die oben angedeutete, eher ökonomisch orientierte Haltung, die ja nicht nur von Gewinnier motiviert ist, sondern auch von den Sorgen um Arbeitsplätze, humane Entwicklung und sozialen Frieden, wird als Haltung der „Blockierer“ abgetan. Ganze Nationen wie die USA, besonders unter der Ära Bush, oder Russland werden diesem Urteil unterworfen. Allzu leicht wird vom Vorsitzenden des Rates der EKD Wolfgang Huber vertreten, dass eine „auf Wirtschaftswachstum basierende Entwicklung nicht mehr zukunftsfähig“ sei (S. 11), ohne zu sagen, wie der im ökonomischen System verankerte Wachstumszwang überwunden werden könnte. Allzu leicht wird den „kurzfristige(n) Interessen“ – angespielt wird wohl auf Gewinnmaximierung und Wohlstand, aber damit auch auf Arbeitsplatzsicherung und sozialen Frieden – im Vergleich zu den „längerfristigen Lebensbedingungen der Menschheit“ keine Berechtigung zuerkannt (S. 8), ohne die teilweise Ernsthaftigkeit dieser Interessen zu würdigen und zum ökologischen Problem ins Verhältnis zu setzen. Die Beispiele könnten umfassend fortgesetzt werden. Insgesamt besteht ei-

nes der Grundprobleme der EKD-Schrift also darin, dass das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie als Dilemma (!) nicht angenommen wird, sondern man sich fast billig einseitig auf die ökologisch orientierte Seite stellt. Die Schrift empfiehlt Lösungen gewissermaßen oberhalb der Probleme und nicht in Konfrontation mit den Problemen. Dies wird der Schrift erheblich an Veränderungskraft hin zu einer ökologisch orientierten Gesellschaft nehmen.

Zu Recht sieht die EKD in der Armutsproblematik eine wesentliche Ursache für die ökologische Problematik und erkennt, dass Armutsbekämpfung (etwa durch Steigerung des Weltsozialprodukts) noch zur Verschärfung der ökologischen Problematik beitragen kann. Aber wieder wird eine Dilemma-Situation einseitig behandelt, indem mit keinem Wort von der Reichtumsproblematik die Rede ist. Wer aber Armut beseitigen will, muss auch Reichtum abschaffen. Diese Verbindung zu sehen, bedurfte in den westlichen Gesellschaften eines jahrzehntelangen Erkenntnisprozesses, bis z. B. die Bundesregierung dann (erst) 2004 ihren jährlichen „Armutsbericht“ in „Armuts- und Reichtumsbericht“ umtitelte. Die Armutsdiskussion der EKD fällt wieder hinter diesen Standard zurück. Armutsbekämpfung ist eben edel, Reichtumsbekämpfung unpopulär.

Hinsichtlich einer Gretchenfrage in unserem Verhältnis zu ärmeren Ländern, ob sie denn im Rahmen ihrer Armutsbekämpfung durch ökonomisches Wachstum ein Recht auf „nachholende(n) Umweltverbrauch“ hätten, ist die EKD schwankend. Mal wird dies eher zugestanden (S. 18f, u. ö.), dann wird dies wiederum eher verneint und kühn behauptet, die Industrienationen hätten in ihrer Frühphase noch gar kein Bewusstsein für die ökologische Problematik haben können und Wissen über einen vom Menschen verursachten Klimawandel gebe es erst seit wenigen Jahren. Sophistisch wird auseinander dividiert, dass wir Industrienationen zwar eine besondere kausale Verantwortung, aber keine besondere moralische Verantwortung für den Klimawandel hätten. (S. 46) Es scheint darauf hinauszulaufen, dass Entwicklungsländern nur das gleiche Nutzungsrecht an der Erdatmosphäre zugebilligt wird wie Industrieländern und die Industrieländer

ihnen bei der Umsetzung dieser Ansprüche – wohl technologisch und finanziell – helfen sollen. (S. 110) Dies ist wieder eine billige Forderung, weil nicht zugleich von der damit einhergehenden weiteren Verschuldung der Industrieländer geredet wird. Insgesamt bietet die EKD-Denkschrift einen Schlingerkurs in einer für die Menschheit existentiellen Angelegenheit, was der Schrift ebenfalls Reformpotential nehmen wird.

Die Schrift der EKD ist nicht nur wissenschaftlich und politisch rein referierend, sondern auch theologisch. Angeknüpft wird an den sog. konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, wie er ab den 1980er Jahren vor allem im Bereich der evangelischen Kirchen der DDR vorangetrieben worden war. Zu Recht ist zu loben, wenn heute diese Reform euphorie im Bereich der EKD wieder erwachen sollte. Doch mangelt es der EKD-Schrift an theologischer Besinnung auf das eigene Leiden des Einzelnen und von uns als Gesellschaft als einzig gebliebene Reformkraft hin zum Guten. Gemeint ist ein Leiden, das aus Liebe (zum Leben und zum Menschen, dem ich der Nächste bin) erwächst. Solches Leiden könnte dazu bereit machen zu teilen, sich selbst zu beschränken, des Anderen Last mit zu tragen und zu verzichten. Durch solches (Mit-)Leiden hindurch kann erkannt werden, dass unsere Ökologie eine eigene Ökonomie des Genug beinhaltet, von allem für alle genug bereit hält und wir daher getrost teilen dürfen. In der Denkschrift ist diese Richtung so ungefähr und kurz angedacht (S. 113f; hier die Rede von der „Ethik der Genügsamkeit“, aber leider nicht von der biblischen Ökonomie des Genug als religiöser Grundlage der Genügsamkeit). Nicht die ethische und sozialpolitische Abschöpfung der christlichen Religion, wie sie die EKD-Schrift vorwiegend betreibt, sondern die Besinnung auf die Zentraltheologie des Christentums als Leidenstheologie könnte der spezifisch christliche Beitrag zur Ökologiedebatte sein und vielleicht den (gewiss unpopulären) Weg weisen.

Dieter Fauth

■ Heiner Geißler

Ou Topos – Suche nach dem Ort, den es geben müsste.

Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2009. 215 Seiten.

Immer wieder werden Bücher über Utopien geschrieben, die alle irgendwie Nachfolger von Thomas Morus Buch „Utopia“ sein wollen. Dieser hatte 1516 in seinem Werk ein ideales Staatswesen einer Inselrepublik beschrieben, das es noch nicht gibt. Diesem Anliegen fühlt sich nun der altersweise Heiner Geißler verpflichtet, indem er ein faszinierendes Werk schreibt, das zugleich Essay und Autobiographie ist.

Gestützt auf seine umfassenden jesuitischen Studien von Philosophie, Theologie, Geschichte und eigenen Erfahrungen, beschreibt der Autor die Wege und die Suche nach einer besseren Welt. Dabei kommt er zu klaren Einsichten, die ihn z. B. schon vor Jahren veranlassten, das Scheitern des Kapitalismus vorauszusagen. Denn für Geißler zeigt sich auch in ihm das ungelöste Spannungsverhältnis zwischen Kapital und menschlicher Arbeit, einschließlich Forschung und Innovation. Er kommt zu dem Schluss: „Die Kommunisten hatten versucht, den Konflikt dadurch zu lösen, dass sie das Kapital eliminierten und die Kapitaleigner liquidierten. Bekanntlich sind sie damit gescheitert. Der Kapitalismus eliminiert die Arbeit und liquidiert die Menschen am Arbeitsplatz. Der Kapitalismus ist genauso falsch wie der Kommunismus.“ (S. 97)

Deshalb geht es Geißler heute vorwiegend um eine Humanisierung des Globalisierungsprozesses, den es in einer „Internationalen Ökosozialen Marktwirtschaft“ zu verwirklichen gilt. An sie stellt er Forderungen. Sie müsste „die internationalen Finanzsysteme kontrollieren, die Off-Shore-Center schließen, eine internationale Spekulationssteuer einführen, die europäischen und amerikanischen Agrarsubventionen beschränken, welche Millionen Afrikaner arbeitslos machen, und sie müsste die globalen Institutionen wie Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation (WTO) reformieren, die der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft Joseph E. Stiglitz dafür verantwortlich macht, dass die Globalisierung bisher schief gelaufen ist.“ (S. 103)

B E R I C H T E

Doch dazu bedarf es Voraussetzungen, die in den Hochreligionen angelegt sind und allgemein akzeptiert werden müssten wie ein „Weltethos“, das gegenseitige Rücksichtnahme für das Zusammenleben der Menschen weltweit garantiert. So propagiert Geißler den Global Marshall Plan, der jährlich 100 Milliarden US-Dollar für erforderlich sieht, um die „Millenniums-Entwicklungsziele“ zu erreichen. Daneben geht es Geißler um eine weltweite Befreiung der Frauen von gesellschaftlichen Abhängigkeiten, um eine tolerante multikulturelle Gesellschaft, in der jeder Heimatrecht hat, und um eine neue rechtstaatliche Demokratie, die auch innerparteiliche Demokratie gelten lässt. Dabei meint er, dass das Internet heute dazu ein Medium dieser Demokratisierung wäre.

Man braucht dem Autor nicht in allen Schritten zu folgen, aber sein Aufruf zur Veränderung und zum Einmischen gilt allen, besonders den Kirchen, von denen er gegenwärtig zutiefst enttäuscht ist. So stellt Geißler die Frage: „Wo bleibt der Aufschrei der Kirchen und der politischen Parteien und warum überlassen sie den notwendigen massiven Protest gegen diese neue Form der Ausbeutung Organisationen wie Attac oder Amnesty International und setzen sich nicht selbst an dessen Spitze?“ (S. 18) So gibt es noch viel zu tun, damit „der Ort, den es geben müsste“, endlich uns allen näher kommt.

Christoph Körner

■ Dynamische Analyse

Das von Bernd Luderer herausgegebene Buch „**Die Kunst des Modellierens – Mathematisch-ökonomische Modelle**“ (Wiesbaden 2008) enthält auf den Seiten 217-240 einen Beitrag von Jürgen Kremer: „Dynamische Analyse – Die Untersuchung des langfristigen Verhaltens von Ökonomien“. Das Applet „Dynamische Analyse“ kann über den Link

http://www.rheinahrcampus.de/fileadmin/prof_seiten/kremer/applets/DynamicAnalysis/AppletDynamicAnalysis.html aufgerufen werden.

■ Initiative Erbbaurecht

Vor 90 Jahren, exakt am 15. Januar 1919, wurde die „Verordnung über das Erbbaurecht“ in Deutschland erlassen. Breiten Bevölkerungskreisen sollte dadurch die Bildung von Wohneigentum ermöglicht werden, dass sie als Erwerber oder Bauherren von Immobilien die Grundstücke nicht mitfinanzieren brauchten. Beim Erbbau erhalten sie ein entgeltliches Nutzungsrecht, in der Regel für 99 Jahre. Der Kapitalbedarf für eigenen Wohnraum reduziert sich so auf die Gebäudekosten.

Die Ende 2007 in Köln gegründete „Initiative Erbbaurecht“ will gerade in der gegenwärtigen Finanzkrise das Erbbaurecht und seine aktuellen Anwendungsmöglichkeiten für Häuslebauer, Städte und Gemeinden sowie Wohnungsgesellschaften und Unternehmen bekannter machen. Als Plattform für Praxis und Wissenschaft stellt die Initiative auf ihrer Website Informationen, Tipps und Anwendungsbeispiele rund um das Erbbaurecht bereit.

Nähere Informationen:

Initiative Erbbaurecht, Köln

Fon: 0221 - 130808-550

eMail: info@initiative-erbbbaurecht.de

Web: www.initiative-erbbbaurecht.de

■ Mailadressen zum Thema Wissensmonopolisierung/ Wissensallmende

www.wissensallmende.de

www.no-patents-on-seeds.de

www.aerzte-ohne-grenzen.de

www.stopsoftwarepatents.eu

www.gentec-weg.de

www.schuetzt-die-allmende.de

www.commonsblog.de

<http://netzpolitik.org/2009/eigentum-verpflichtet-fuenfter-allmende-salon-der-heinrich-boell-stiftung/>

<http://www.wissensallmende.de/wissen-ist-macht-%E2%80%93-wissen-ist-macht-geistigeigentumsrechte-kritik>

<http://www.heise.de/newsticker/US-Wirtschaftswissenschaftler-fordern-Abschaffung-geistigen-Eigentums--/meldung/134400>

■ Englischsprachige Veröffentlichungen zum Thema Geldreform im Internet

Dieter Suhr: The Capitalist Cost-Benefit-Structure of Money – An Analysis of Money's Structural Non-neutrality and its Effects on the Economy, 1989. http://www.sozialoekonomie.info/Info_Foreign_Languages/English_6/english_6.html

Helmut Creutz: The Money Syndrome – Towards a Market Economy Free from Crisis, Hyderabad/India 2008. - <http://www.themoneysyndrome.org/>

Ulrich van Suntum: Economic Confidence, Negative Interest Rates, and Liquidity
Cornelius Ilgmann: Silvio Gesell - 'a strange, unduly neglected prophet'? A reappraisal of a forgotten pioneer of monetary theory auf www.cawm.de im Bereich "Forschen – Discussion papers No. 23 and 24."

■ Mailadressen zum Thema Komplementärwährungen

International Journal of Complementary Currency Research - <http://www.uea.ac.uk/env/ijccr/>

Rolf F. H. Schröder, Bibliografie zu Komplementärwährungen - <http://www.cc-literature.org/>

■ Studiengang Sozialentwicklung – Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse - Sozialqualifizierende berufs begleitende Ausbildung

Dritter Durchgang: Februar 2010 bis Januar 2012 unter der Leitung von Dr. Christoph Strawe, Prof. Dr. Harald Spehl und Udo Hermannstorfer im Institut für Soziale Gegenwartsfragen in Stuttgart und im Anthroposophischen Zentrum in Kassel.

Nähere Informationen:

Institut für soziale Gegenwartsfragen,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart
Fon: 0711 - 23 68 950 | Fax: 0711 - 23 60 218
eMail: Institut@sozialimpulse.de
Web: www.sozialimpulse.de/studiengang.htm

VERANSTALTUNGEN

■ Das Kapital – Nutzen und Gefahren

14. und 15. November 2009 in Boll
Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz, Prof. Dr. Thomas Huth und Dipl.Kfm. Ferdinand Wenzlaff.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 07164 – 35 73
Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de
Web: www.sffo.de

■ Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie

an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg im Wintersemester 2009/2010 mit Beiträgen von Dr. Eva-Maria Hubert, Dipl.-Hdl. Christian Gelleri, Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen, Prof. em. Dr. Marianne Gronemeyer und Dr. Fred Luks.

Nähere Informationen:

www.postwachstumssoekonomie.org

■ 46. Mündener Gespräche

am 20. und 21. März 2010 in der Reinhardswaldschule Fuldata bei Kassel zum Thema „Wachstum als Ausweg aus der Finanzkrise?“ mit Beiträgen von Ass.jur. Fritz Andres, Prof. Dr. Dirk Lohr, Dr. Niko Paech u.a.

■ 47. Mündener Gespräche

am 30. und 31. Oktober 2010 in der Reinhardswaldschule Fuldata bei Kassel zum Thema „Mittelschichten zwischen Großkonzernen und Proletariat“ mit Beiträgen von Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Prof. em. Dr. Hans Christoph Binswanger u.a.

Nähere Informationen:

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Die Verschuldung als strukturelle Gewalt in der Wirtschaft

„Die Völker der armen Länder arbeiten sich zu Tode, um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren. Der Süden finanziert den Norden und insbesondere die herrschenden Klassen der nördlichen Länder. Das wirksamste Mittel des Nordens zur Herrschaft über den Süden ist heute der Schuldendienst.“

Der Kapitalstrom von Süden nach Norden ist überschüssig im Vergleich zum Kapitalfluss von Norden nach Süden. Die armen Länder zahlen den herrschenden Klassen der reichen Länder jährlich viel mehr Geld, als sie von ihnen in Gestalt von Investitionen, Kooperationskrediten, humanitärer Hilfe oder sogenannter Entwicklungshilfe erhalten.

Im Jahr 2003 belief sich die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer des Nordens für die 122 Länder der Dritten Welt auf 54 Milliarden Dollar. Im selben Jahr haben diese Länder der Dritten Welt den Kosmokraten der Banken des Nordens 436 Milliarden Dollar als Schuldendienst überwiesen. Diese Verschuldung ist die anschaulichste Illustration der strukturellen Gewalt, die in der heutigen Weltordnung am Werk ist. ... Die subtile Gewalt der Verschuldung ist an die Stelle der sichtbaren Brutalität der Kolonialherren getreten. ... Die Regierungen der Dritten Welt müssen für ihre Anleihen Zinsen bezahlen, die fünf- bis siebenmal höher sind als diejenigen, die auf den Finanzmärkten üblich sind. Diese Wucherzinsen tragen den schönen Namen ‚Risikoprämien‘.“

Jean Ziegler, *Das Imperium der Schande – Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung*, München 3. Aufl. 2005, S. 69-70.

NEU: Jean Ziegler, *Der Hass auf den Westen – Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren*, Bielefeld 2009.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Geogr. Annette Bickelmann
Am Hammerbach 9, 83404 Feldkirchen

Dr. Dieter Fauth
Betzengraben 5, 97299 Markt Zell

Prof. Dr. Herman E. Daly
c/o School of Public Policy -
University of Maryland
College Park, MD 20742-1821 / USA

Prof. em. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Dipl.-Hdl. Christian Gelleri
Tizianstr. 21, 83026 Rosenheim

Dr. Hugo Godschalk
Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

Dipl.-Volks. Ass.jur. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Dipl.-Betriebswirtin (FH) Eva Henke
Schluchseestrasse 10
78054 Villingen-Schwenningen

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau/Mittweida

Dr. Gerhardus Lang
Klinge 10, 73087 Boll

Prof. Dr. Dirk Löhr
Biermannsstr. 2, 66606 St. Wendel

PD Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
Bülowstr. 74, 10783 Berlin

Dr. Fabian Thiel
c/o GTZ Office Phnom Penh
No. 17, Street 306, Boeung Keng Kang I
Khan Chamcarmon, Phnom Penh
Kambodscha

Dipl.-Soz. Felix Wilke
Kohlenstr. 30, 34121 Kassel